I 51140

Die Weltfriedensbewegung ist unbesiegbar

Die Weltfriedensbewegung ist unbesiegbar

Wien 1950

51140

INHALT

I. Die Sowjetunion — der stärkste Rückhalt aller Völker im Kampf um den Frieden 5

II. Die Kräfte der Friedensbewegung wachsen . 17

III. Die Friedensbewegung in ihrem gegenwärtigen Stadium 22

IV. Die Friedensbewegung in Österreich 37

V. Der Erste Österreichische Friedenskongreß . . . 44

Ferner 11 Originalphotos
und
4 Karikaturen aus sowjetischen Zeitungen

STUDIEN-BIBLIOTHEK IN LINZ

Vor mehr als einem Jahr ist zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit eine organisierte Friedensbewegung entstanden. Sie hat heute bereits alle Völker der Erde erfaßt und ist zu einer mächtigen, unbezwingbaren Kraft geworden.

So bestätigen sich wieder einmal Stalins Worte, daß ein großes Ziel auch große Kräfte wachruft. Heute, da der amerikanische Imperialismus den Überfall auf Korea unternommen hat, Aggression auf Aggression folgen läßt und die Vorbereitungen für einen dritten Weltkrieg trifft — heute ist dieses große und edle Ziel die Verteidigung des Friedens gegen diese furchtbare Drohung. Es gilt jedoch zu begreifen, daß wir dieses Ziel nicht durch passives Abwarten erreichen können, sondern nur dadurch, daß wir immer entschlossener, aktiver und aufopferungsvoller für den Frieden kämpfen. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit wird immer mehr zum wesentlichen Merkmal der Friedensbewegung. Ihr ständiges Anwachsen schafft die realen Voraussetzungen, um die Pläne derjenigen zu durchkreuzen, die heute auf einen neuen Krieg hinarbeiten.

Die folgenden Ausführungen sollen einen Überblick über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand des Friedenskampfes in der Welt, insbesondere in Österreich geben und den Standpunkt der Sowjetunion gegenüber der Weltfriedensbewegung darlegen.

Plan für die industrielle Bruttoproduktion wurde im Durchschnitt der gesamten sowjetischen Industrie im zweiten Vierteljahr 1950 zu 103% erfüllt.

Die Wahlen in den Obersten Sowjet der UdSSR haben abermals den Friedenswillen des sowjetischen Volkes zum Ausdruck gebracht. Das Zentralkomitee der KPdSU (B) hatte in seinem Wahlaufruf das Streben der Sowjetunion, mit allen Völkern in Frieden zu leben, besonders hervorgehoben und u. a. folgendes ausgeführt:

„Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, gestützt auf die Einheit aller Kräfte, die für den Frieden eintreten, die Pläne der imperialistischen Aggressoren zu vereiteln und einen Krieg unmöglich zu machen."

Fast 111 Millionen sowjetischer Wähler gaben ihre Stimmen dem Block der Kommunisten und Parteilosen. Das gesamte sowjetische Volk stellte sich damit rückhaltlos auf die Seite der Friedenspolitik der Bolschewistischen Partei und der Sowjetregierung.

Frieden als Grundsatz der Außenpolitik

Lenin unterstrich schon im Februar 1920 das unwandelbare Streben Sowjetrußlands nach Frieden und entlarvte den amerikanischen Imperialismus als ein System, das immer wieder zum Krieg drängen muß.

Im Hinblick auf die Grundlagen der friedlichen Beziehungen Sowjetrußlands zu den USA sagte Lenin:

„Mögen die amerikanischen Kapitalisten uns nicht anrühren! Wir werden sie nicht anrühren."

Einem Korrespondenten, der fragte, ob einem derartigen Frieden etwas im Wege stehe, erklärte Lenin, daß von sowjetischer Seite diesen friedlichen Beziehungen nichts im Wege stehe. Ein Hindernis für den Frieden, sagte Lenin, sei „... der Imperialismus der amerikanischen (wie auch aller anderen) Kapitalisten".

Stalin hat wiederholt betont, daß eine Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Ländern trotz der verschiedenen Wirtschaftssysteme durchaus möglich ist. Er hat diese Politik im Jahre 1934 folgendermaßen äußerst klar präzisiert:

„Unsere Außenpolitik ist klar. Sie ist eine Politik zur Erhaltung des Friedens und zur Verstärkung der Handelsbeziehungen mit allen Ländern. Die UdSSR denkt nicht daran, irgend jemanden zu bedrohen, geschweige denn irgend jemanden zu überfallen. Wir sind für den Frieden und verteidigen die Sache des Friedens. Doch wir fürchten keine Drohungen und sind darauf vorbereitet, Kriegsbrandstiftern jeden Schlag mit einem Gegenschlag zu beantworten."

Im September 1946 antwortete Stalin dem Korrespondenten der englischen Zeitung „Sunday Times", A. Werth, der wissen wollte, ob die Möglichkeiten einer friedlichen Zusammenarbeit mit der übrigen

Welt bei fortschreitender Weiterentwicklung der Sowjetunion zum Kommunismus — von der UdSSR aus gesehen — sich vermindern würden, mit folgenden Worten: „Ich zweifle nicht daran, daß die Möglichkeiten einer friedlichen Zusammenarbeit nicht nur nicht geringer werden, sondern sogar größer werden können."

Stalin hat wiederholt betont:

„Wenn die beiden verschiedenen Systeme während des Krieges gegen Deutschland zusammenarbeiten konnten, warum sollten sie im Frieden nicht zusammenarbeiten können? Es versteht sich von selbst, daß die Zusammenarbeit der beiden verschiedenen Systeme, vorausgesetzt, daß der Wunsch zur Zusammenarbeit besteht, durchaus möglich ist."

Die gesamte gegenwärtige internationale Lage bestätigt vollauf Lenins und Stalins Worte. Die von der Bolschewistischen Partei und von Stalin geführte Sowjetunion betreibt eine konsequente Friedenspolitik.

Die Völker der Welt haben sich schon lange davon überzeugt, daß die Sowjetunion eine wirkliche Vorkämpferin des Friedens ist. Sie wissen noch sehr gut, daß die erste Regierungshandlung der jungen Sowjetrepublik im Jahre 1917 das von Lenin unterzeichnete Friedensdekret war.

Woher kommt die Kriegsdrohung?

Die Sowjetunion war das erste Land, das auf die zunehmende Gefahr des Faschismus hinwies und den Vorschlag machte, konkrete Maßnahmen zur Verhütung einer Aggression durch Hitler zu ergreifen. Die herrschenden Kreise der Westmächte und der Vereinigten Staaten von Amerika blieben der warnenden Stimme der Sowjetunion gegenüber taub. Sie hatten ihre eigenen Pläne, die darauf hinausliefen, die faschistische Aggression gegen die Sowjetunion zu lenken.

Ihre Parole hieß „München", ihre Politik war die der „Befriedung des Aggressors" — mit dem Ziel, sich auf Kosten der Sowjetunion und der kleinen Länder mit dem Aggressor zu verständigen.

Diese Politik der Nachgiebigkeit und der Konzessionen an die Faschisten kostete alle Völker Europas — darunter auch das österreichische Volk — viele Millionen Menschenleben, denn diese Konzessionen an die Faschisten waren nichts anderes als die Vorbereitung des imperialistischen Zweiten Weltkrieges.

Schon in den Jahren des Zweiten Weltkrieges formten die herrschenden Kreise Englands und der USA ihre Weltherrschaftspläne und versuchten, die vom sowjetischen und den anderen friedliebenden Völkern errungenen Siege für ihre Ziele auszunützen.

Der ganze Gang der Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt, daß die gegenwärtigen Machthaber der USA und Englands ein Zu-

sammenarbeiten mit der Sowjetunion gar nicht wünschen, daß die Politik, die sie verfolgen, eine Politik der Aggression ist und auf einen neuen Krieg abzielt.

Für die Gründe dieser Haltung der USA und Englands hat Stalin eine den Kern der Sache treffende Erklärung gegeben:

„Die Inspiratoren der aggressiven Politik in den USA und England sind im Grunde an Vereinbarungen und der Zusammenarbeit mit der UdSSR nicht interessiert. Worauf es ihnen ankommt, ist nur, daß über Vereinbarungen und Zusammenarbeit gesprochen wird, damit sie dann, wenn sie die Vereinbarungen gebrochen haben, die Verantwortung auf die UdSSR abwälzen und damit ‚beweisen' können, daß ein Zusammenarbeiten mit der UdSSR unmöglich ist. In Wirklichkeit fürchten die Kriegsbrandstifter nichts so sehr wie Vereinbarungen und Zusammenarbeit mit der UdSSR, da eine Politik der Vereinbarungen mit der UdSSR die Positionen der Kriegshetzer untergraben und die Politik dieser Herren gegenstandslos machen würde.

Eben deshalb verletzen sie auch die schon bestehenden Vereinbarungen, desavouieren sie ihre eigenen Vertreter, die diese Vereinbarungen gemeinsam mit der Sowjetunion ausgearbeitet haben, bringen sie die Angelegenheit — entgegen den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen — vor den Sicherheitsrat, wo sie eine sichere Mehrheit haben und alles ‚beweisen' können, was ihnen paßt. All dies, um zu ‚beweisen', daß es unmöglich ist, mit der UdSSR zusammenzuarbeiten, um die Notwendigkeit eines neuen Krieges zu ‚zeigen' und die Voraussetzungen für die Entfesselung eines neuen Krieges zu schaffen.

Die Politik der gegenwärtigen Machthaber der USA und Englands ist eine Politik der Aggression, eine Politik der Entfesselung eines neuen Krieges."

Die Sowjetunion hingegen, die bei der Niederwerfung der faschistischen Angreifer und bei der raschen Beendigung des Zweiten Weltkrieges eine entscheidende Rolle gespielt hat, kämpft auch heute unermüdlich für Frieden, Rüstungsbeschränkung und Ächtung der Atomwaffe.

Jahr für Jahr . . .

Im Dezember 1946 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf Vorschlag der Sowjetunion einstimmig eine Entschließung an, worin eine sofortige allgemeine Abrüstung gefordert wurde. Seither sind mehr als drei Jahre vergangen: die Entschließung jedoch ist auf dem Papier geblieben, und zwar vor allem infolge der Haltung der amerikanischen Regierung, die trotz dem Beschluß der Generalversammlung offen und sogar in verstärktem Maße die Militarisierung ihres Landes betreibt und fieberhaft aufrüstet.

Im Jahre 1947 war es abermals die Sowjetunion, die in der Gene-

ralversammlung der UNO den Antrag stellte, gegen die Kriegspropaganda und Kriegshetze wirksame Maßnahmen zu beschließen.

Im Jahre 1948 machte die Sowjetunion als Zusatz zu der von der Generalversammlung angenommenen Entschließung den konkreten Vorschlag, die fünf Großmächte sollten ihre Streitkräfte und ihre Rüstung binnen einem Jahr um ein Drittel reduzieren, die Atomwaffe verbieten und im Rahmen des Sicherheitsrates ein internationales Kontrollorgan zur Überwachung der Durchführung dieser Maßnahmen schaffen.

Im Jahre 1949 stellte die Sowjetunion in der Generalversammlung der UNO eine Reihe weiterer Anträge im Interesse der Friedenssicherung: die Sowjetdelegation beantragte, die Generalversammlung möge die in einigen Ländern — insbesondere in den USA und in England — betriebenen Kriegsvorbereitungen verurteilen; die Sowjetdelegation beantragte, die UNO sollte praktische Maßnahmen zum unbedingten Verbot der Atomwaffe und zur Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle ergreifen; die Sowjetdelegation beantragte, die Generalversammlung möge einmütig ihrem Wunsche Ausdruck verleihen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, China, Frankreich und die Sowjetunion ihre Bemühungen zur Festigung des internationalen Friedens und der Sicherheit koordinieren und untereinander einen Friedenspakt abschließen.

Diese Vorschläge der Sowjetunion stießen auf den hartnäckigen Widerstand der englisch-amerikanischen Mehrheit in der UNO, womit diese Staaten, indem sie sich zu Verteidigern des Wettrüstens aufwarfen, ihre Aggressionsabsichten offenkundig machten.

Besonders militant gebärden sich die Waffenträger des amerikanischen Imperialismus in jüngster Zeit. Erst kürzlich haben der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, und der außenpolitische Berater des Staatsdepartements, Dulles, offen die Auflösung der UNO gefordert. Also selbst die UNO, in der doch eine englisch-amerikanische Mehrheit den Ausschlag gibt, paßt heute den reaktionären Kreisen der USA nicht mehr: diese Kreise streben eben nicht nach einer friedlichen Lösung der internationalen Probleme, sondern nach deren größtmöglicher Verschärfung.

Das Lager des Friedens ist stärker

Das sozialistische System hat sowohl im Frieden als auch im Kriege seine großartige Überlegenheit gegenüber dem kapitalistischen bewiesen. Das sowjetische Volk ist daher zutiefst davon überzeugt, daß im friedlichen Wettbewerb beider Systeme der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus gesichert ist. Ebenso sicher aber sind die Sowjetmenschen in ihrer Gewißheit, daß die Sowjetunion — sollten die Imperialisten

einen neuen Krieg entfesseln — im Verein mit den freiheitsliebenden Völkern der ganzen Welt jeden Aggressor zerschlagen wird.

Die Sowjetunion steht auf der Wacht für den Weltfrieden nicht allein. Ihre Friedenspolitik unterstützt eine ganze Reihe von Staaten: in Europa — Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien und die Deutsche Demokratische Republik; in Asien — die Mongolische Volksrepublik, die Koreanische Volksrepublik, die Volksrepublik China und die Volksrepublik Vietnam. Insgesamt zählen diese Staaten mehr als 800 Millionen Einwohner, d. i. fast die Hälfte der gesamten Menschheit.

Die politische und wirtschaftliche Festigung der volksdemokratischen Länder, ihr erfolgreiches Vorwärtsschreiten auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus bedeuten eine gewaltige Stärkung der Friedenskräfte.

Hervorragende Bedeutung für die Sicherung des Friedens hat die Bildung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik, ein Ereignis, das Stalin einen Wendepunkt in der Geschichte Europas genannt hat. Denn die Tatsache, daß neben der Sowjetunion auch ein demokratischer deutscher Staat eine Politik des Friedens betreibt, die von den demokratischen Völkern Europas begrüßt und unterstützt wird, sichert die Sache des Friedens in Europa.

Die werktätigen Menschen der Welt konnten sich mit eigenen Augen davon überzeugen, daß die Sowjetunion stets für die Souveränität und die Unabhängigkeit der großen wie der kleinen Völker eintritt, wenn sie von Elementen bedroht werden, die gern auf fremde Rechnung leben. Aber die von der Sowjetunion gemeinsam mit den volksdemokratischen Ländern Europas und Asiens verfolgte Friedenspolitik paßt den imperialistischen Beutejägern nicht. Sie setzen ihr eine Politik der Vorbereitung eines Krieges entgegen, eines Krieges gegen die Sowjetunion und deren Freunde, die den Weg zum Sozialismus beschritten haben. In ihrer Angst vor der immer bedrohlicher heranrückenden Wirtschaftskrise versuchen sie, den unvermeidlichen Untergang des kapitalistischen Systems dadurch hinauszuschieben, daß sie einen Krieg anzetteln. In den kapitalistischen Ländern, vor allem in den USA, wird nach wie vor fieberhaft aufgerüstet. Die amerikanischen Aggressoren berauben die kleinen Länder mit Hilfe des „Marshallplans" ihrer Selbständigkeit und verwandeln andere Staaten in ihr militärisches Aufmarschgebiet. Es ist nun so weit, daß man sich nicht mehr mit der bloßen Vorbereitung der Aggression begnügt: der Übergang zur direkten Aggression ist vollzogen. Dies bezeugen die Ereignisse in Korea, wo die amerikanischen Imperialisten einen Bürgerkrieg entfesselt haben, der ausgezeichnet in ihren Plan der Aggression gegen die Chinesische Volksrepublik paßt und der Unterdrückung der nationalen Freiheitsbewegung in Asien dienen soll.

Korea entlarvt die imperialistischen Aggressoren

Die Regierung der USA hat, indem sie den amerikanischen Luft- und Seestreitkräften und später auch den Landtruppen den Befehl gab, auf der Seite der verräterischen Li-Syn-Man-Clique gegen das koreanische Volk in die Kämpfe einzugreifen, zur offenen Intervention in Korea ihre Zuflucht genommen. Durch diesen Friedensbruch hat die Regierung der USA bewiesen, daß sie nicht nur an der Festigung des Friedens desinteressiert, sondern ausgesprochen friedensfeindlich eingestellt ist. Sind jedoch die Machthaber in den USA damit nicht zu weit gegangen?

Zunächst: wer hat die amerikanische Regierung zu einem solchen Schritt ermächtigt? Steht der Einsatz ihrer bewaffneten Streitkräfte im Einklang mit ihrer angeblichen Politik der Treue gegenüber den Vereinten Nationen, worauf Truman und Acheson — ihren Worten nach zu urteilen — so viel Wert legen? Wo und wann hat der Sicherheitsrat einen Beschluß gefaßt, der der Regierung der USA ein solches Vorgehen gestattet, wie es dieser Akt der offenen Aggression darstellt? Weder die Vereinten Nationen noch irgendeine andere internationale Instanz hat der Regierung der USA die Vollmacht zu den Handlungen in bezug auf Korea und China gegeben, von denen Truman Mitteilung machte.

Offenbar wollte die amerikanische Regierung mit ihrem Vorgehen die UNO vor eine vollendete Tatsache stellen. Die Völker der Welt wissen und sehen nun, in welcher Richtung die Ziele der Imperialisten liegen.

*

Die Friedenspolitik der UdSSR findet die wachsende Unterstützung der Volksmassen aller Länder. Unter der Parole des Kampfes gegen die Brandstifter des Krieges und für das Glück und die Sicherheit der Menschen schließen sich immer neue Millionen dieser Menschen zusammen. Die Kräfte des Friedens wachsen, sie können und müssen diejenigen, die auf den Krieg hinarbeiten, im Zaume halten und ihnen den Weg zum Krieg verwehren.

Das sowjetische Volk verfolgt aufmerksam die Ereignisse in der internationalen Arena. Die Menschen in der Sowjetunion freuen sich mit den Werktätigen aller Länder über jeden Erfolg, den das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus erringt.

Gegenwärtig steht im Mittelpunkt der Bemühungen all der hunderte Millionen Menschen, die der Friedensbewegung angehören, die große Unterschriftensammlung für den Stockholmer Aufruf, den das Ständige Komitee des Weltfriedenskongresses gegen die Atomwaffe erlassen hat. Auf die Entstehung, den Wortlaut und die Geschichte dieses „Stockholmer Appells" gehen die folgenden Abschnitte näher ein. Er fordert von allen Menschen guten Willens und von ihren

(Aus „Literaturnaja Gaseta", Nr. 59, Moskau 1950)

Amerikas Bombenwerfer „T-1"

Volksvertretungen eine klare Entscheidung. Das Sowjetparlament erörterte am 19. Juni 1950 in einer eigenen gemeinsamen Sitzung beider Häuser den Aufruf; die einhelligen Beschlüsse der Abgeordneten gipfelten in folgender, von allen Friedensfreunden der Welt mit größter Befriedigung aufgenommenen

Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR

„Nach Entgegennahme des Berichtes des Abgeordneten Kusnezow über den Empfang der Delegation des Ständigen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger unter dem Vorsitz von I. Farge sowie über den Aufruf der Stockholmer Tagung des Ständigen Komitees, die dazu aufgerufen hat, die Atomwaffe zu verbieten, eine strenge internationale Kontrolle über die Befolgung dieses Verbots zu errichten und diejenige Regierung, die als erste diese Waffe des Angriffs und der Massenvernichtung von Menschen einsetzt, als Kriegsverbrecher zu ächten — erklärt der Oberste Sowjet der UdSSR seine Solidarität mit den Vorschlägen des Ständigen Komitees.

Diese Vorschläge des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses entsprechen voll und ganz den dringendsten Forderungen aller Völker und ihrem Streben nach einem festen und dauernden Frieden in der ganzen Welt.

Indem der Oberste Sowjet der UdSSR den unerschütterlichen Friedenswillen des Sowjetvolkes zum Ausdruck bringt, erklärt er sich bereit,

mit den gesetzgebenden Organen der anderen Staaten zur Ausarbeitung und Durchführung der notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung der Vorschläge des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses zusammenzuarbeiten.

Der Oberste Sowjet verleiht der Überzeugung Ausdruck, daß die Sowjetregierung, die konsequent für den Frieden und die Zusammenarbeit der Völker eintritt, auch fürderhin fest und beharrlich diese Politik der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen unter den Völkern verfolgen, die notwendigen Maßnahmen durch die Organisation der Vereinten Nationen ergreifen und alle übrigen Wege zur Sicherung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit benützen wird.

Gleichzeitig gibt der Oberste Sowjet der Überzeugung Ausdruck, daß die Bewegung der Friedensanhänger und im besonderen der Stockholmer Aufruf des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses vorbehaltlose und einmütige Unterstützung des gesamten sowjetischen Volkes finden wird."

Die Völker aller Länder erblicken in diesem historischen Akt des Obersten Sowjets der UdSSR einen neuerlichen Beweis dafür, daß die Sowjetunion nach wie vor entschlossen ist, den Kampf für einen dauern-

den demokratischen Frieden unter den Völkern der Erde zu führen.

Das Sowjetvolk hat die historische Erklärung des Obersten Sowjets mit tiefer Befriedigung zur Kenntnis genommen und einmütig gebilligt.

Ein ganzes Volk erhebt sich für den Frieden

Am 30. Juni 1950 erließ das Sowjetische Komitee zum Schutze des Friedens einen Appell an die Bevölkerung, den Stockholmer Aufruf zu unterzeichnen, und unter gewaltiger aktiver Teilnahme der Massen begann die Unterschriftensammlung. Arbeiter, Kolchosbauern, Vertreter der Intelligenzberufe — alle stimmen einmütig für den Frieden. Die Unterschriftenkampagne erfaßte alle Bürger des großen Sowjetlandes. Bis Anfang August brachte sie 115 275 940 Unterschriften. In zahlreichen Versammlungen haben Arbeiter, Bauern und Intellektuelle in ihren Reden klar den Friedenswillen des Sowjetvolkes bekundet. In einer Betriebsversammlung in der Gießerei der Newa-Maschinenfabrik in Leningrad ergriff als erster der Abteilungsleiter, der Kriegsteilnehmer und Held der Sowjetunion Wassiljew das Wort und erklärte:

„Unsere Heimat ist eine Stütze des Friedens, auf die die einfachen Menschen aller Länder hoffnungsvoll ihre Blicke richten. Die Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR, worin sich dieser mit den Zielen des Stockholmer Aufrufes solidarisch erklärt, weckt nicht nur in unserem Herzen freudigen Widerhall: alle friedliebenden Völker erblicken in dieser Erklärung einen neuen Beitrag zum Werke des Friedens.

Ich fordere euch auf, den Stockholmer Aufruf einmütig zu unterschreiben! Die Imperialisten sollen wissen, daß unser Wille zum Frieden unbesiegbar ist!"

Der Dreher und Stachanowarbeiter Schubin aus der Moskauer Fabrik „Borjez" sagte: „Die Ereignisse in Korea zeigen, daß die amerikanischen Imperialisten, die wie Hitler nach der Weltherrschaft trachten, nunmehr zur direkten Aggression übergegangen sind. Sie wollen einen neuen Weltkrieg entfachen. Aber wir einfachen Sowjetmenschen rufen ihnen zu: Daraus wird nichts, ihr Herren! Wir treten für den Frieden ein und fordern den sofortigen Abzug der amerikanischen Truppen aus Korea! Hände weg von Korea! Das koreanische Volk soll frei sein!"

Wir wollen keinen Krieg!

J. W. Bawrin, Techniker in einer Moskauer Glühlampenfabrik, im Krieg zweimal verwundet, hat sowohl an der sowjetischen Westfront als auch in der Mandschurei gekämpft. Seine Worte sind ein flammender Protest gegen die amerikanischen Aggressoren in Korea:

„Das Schicksal Koreas zu bestimmen, ist Sache des koreanischen Volkes selbst. Alle friedliebenden Völker der Welt fordern den Abzug

der Amerikaner aus Korea! Wir protestieren entschieden gegen die amerikanische Aggression. Wir fordern den unverzüglichen Abzug der amerikanischen Truppen aus Korea!"

Ein alter Kolchosbauer aus dem Bezirk Stalinabad meldet sich zum Wort: „Wir Tadshiken stehen gleich allen Völkern unseres Landes auf der Seite des Friedens. Wir erstreben freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern der Welt. Wir wollen keinen Krieg! Wir fordern das Verbot der Atomwaffe! Die Sowjetmenschen wissen, daß ihre erste Pflicht im Kampfe um den Frieden darin besteht, selbstlos zu arbeiten — zu arbeiten, um die Macht der UdSSR zu stärken!"...

Der Bergarbeiter Michail Bozwenko aus dem Kohlengebiet von Kriwoj Rog erklärt: „Ich unterschreibe den Stockholmer Aufruf, fest überzeugt, daß die Sache des Friedens siegen wird. Wir Bergleute bemühen uns, unseren würdigen Beitrag zur Sache des Friedens zu leisten. Ich habe heute fast acht Normen erfüllt und werde mich bemühen, diesen Erfolg zu festigen."

Auch im Fernen Osten wurde die Unterschriftensammlung mit größtem Erfolg und in voller Einmütigkeit durchgeführt. Auch hier fanden allenthalben in Städten und Dörfern Versammlungen statt, in denen zum Stockholmer Aufruf Stellung genommen wurde.

Einer der besten Maurer aus Komsomolsk am Amur, Alexander Grunin, sagte in einer Versammlung von Bauarbeitern: „Wir werden nicht dulden, daß die wahnwitzigen Pläne der Imperialisten Wirklichkeit werden! Wir werden unser Land noch stärker machen und werden Wache halten für den Frieden. Unser Volk warnt die Aggressoren fest und entschlossen: Stört uns nicht bei unserer Arbeit, beim Aufbau unseres Lebens und unseres Glückes! Wir warnen Euch!"

„Wir wissen, daß die Front des Friedens stärker ist als die Clique der Kriegsbrandstifter", erklärte der Stachanow-Brigadier Melnikow in einer Versammlung der Arbeiter der Chabarowsker Fabrik „Ordshonikidse", gleichfalls Kriegsteilnehmer. „Wir werden unser sozialistisches Vaterland noch mehr stärken. Ich habe die Norm bisher zu 170% erfüllt. Ich habe den Stockholmer Aufruf unterschrieben und verpflichte mich gleichzeitig, die Norm zu 200% zu erfüllen."

*

Die Stimme, die das Sowjetvolk zur Verteidigung des Friedens erhoben hat, wird überall auf der Welt vernommen. Die amerikanischen Atomstrategen werden auf diese Stimme eines mächtigen und einigen Volkes hören müssen, denn es ist die Stimme jenes Volkes, das den Hitlerfaschismus und den japanischen Imperialismus zerschmettert hat.

Die Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR, in der diese höchste Instanz der Sowjetunion den Vorschlag des Ständigen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger unterstützt, sowie die erfolg-

reiche Durchführung der Unterschriftensammlung für den Stockholmer Aufruf sind ein gewaltiger Beitrag der Sowjetunion zur Sache des Friedens und damit ein neuer Schlag für die imperialistischen Kriegstreiber.

Die einmütige Stellungnahme des sowjetischen Volkes für den Frieden stärkt das Vertrauen der Friedensanhänger, daß es den vereinten Bemühungen aller Völker gelingen wird, die Katastrophe eines neuen imperialistischen Krieges abzuwenden. Die Unterschriftensammlung stellt gleichzeitig die Antwort auf die aggressiven Pläne und auf die antisowjetische Propaganda der englisch-amerikanischen Imperialisten dar. Sie schließt die Friedensanhänger aller Länder noch enger zusammen.

Die Sowjetunion hat den Völkern aller Länder erneut bewiesen, daß sie sich in ihrem Kampf für den Frieden auf das von der kommunistischen Partei und Stalin geführte Sowjetvolk verlassen können.

II. Die Kräfte der Friedensbewegung wachsen

Die mächtige Volksbewegung für den Frieden und gegen die Brandstifter eines neuen Krieges hat alle Länder und Kontinente erfaßt. Sie vereinigt hunderte Millionen Menschen unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit und ihren politischen und religiösen Anschauungen. Die Hauptstütze dieser Bewegung, die in der Vergangenheit nicht ihresgleichen hat, sind die einfachen Menschen aller Länder der Welt, die Menschen, die die Lasten des vergangenen Krieges am eigenen Leib gespürt haben und die nicht wollen, daß sich die Schrecken eines Krieges wiederholen.

Vor nicht allzulanger Zeit, im Jahre 1948, hat die fortschrittliche Intelligenz in Wroclaw (Polen) ihre Stimme zur Verteidigung des Friedens erhoben. Der nächste Markstein in der Entwicklung der Friedensbewegung war der Weltfriedenskongreß in Paris und Prag im April 1949, der bereits im Namen von 600 Millionen Menschen sprach.

An diesem Kongreß nahmen Vertreter der Völker von 72 Ländern teil — Männer und Frauen verschiedener Nationen, verschiedener Glaubensbekenntnisse und Anschauungen, jedoch geeint durch das gemeinsame Ziel: den drohenden Angriff auf den Frieden und die Sicherheit der Völker unter allen Umständen abzuwehren und die englisch-amerikanischen Kriegsbrandstifter im Zaum zu halten.

Die imperialistische Reaktion hat versucht, die gewaltige politische Bedeutung des Weltfriedenskongresses totzuschweigen und die Öffentlichkeit über die Zahl der Teilnehmer zu täuschen. Aber trotz aller Erschwerungen und Störungsversuche hat der Pariser Weltfriedenskongreß — bzw. die Prager Tagung, an der jene ausländischen Delegierten teilnahmen, die nicht nach Paris kommen konnten, weil ihnen die französische Regierung die Einreisegenehmigung verweigerte — deutlich gezeigt, welches Ausmaß die Weltfriedensbewegung bereits angenommen hat.

Der Pariser Kongreß

Auf dem Kongreß waren der Weltgewerkschaftsbund mit seinen 78,3 Millionen Mitgliedern, der Weltbund Demokratischer Frauen mit 80 Millionen Mitgliedern, der Weltbund der Demokratischen Jugend, in welchem 60 Millionen junger Arbeiter, Bauern, Angestellte und Stu-

denten zusammengeschlossen sind, der Internationale Studentenbund mit seinen über 54 Länder ausgebreiteten Organisationen, die Internationale Organisation ehemaliger politischer Häftlinge mit mehr als 10 Millionen Mitgliedern, der Internationale Verband demokratischer Juristen sowie viele andere internationale Vereinigungen und Organisationen vertreten.

Der Weltfriedenskongreß in Paris legte seine Beschlüsse in folgendem Manifest nieder:

„Wir sind für eine feste Zusammenarbeit der Völker der Erde und richten in einheitlichem Bemühen alle unsere Kräfte auf die Verteidigung des Friedens. In unserer Entschlossenheit, wachsam zu bleiben, gründen wir das Komitee des Weltfriedenskongresses. Wir glauben, daß alle jene, die auf einen neuen Krieg hinarbeiten, sich in jeder Phase ihrer Verschwörung den mächtigen Kräften der Volksmassen gegenüber sehen werden, die stark genug sind, den Frieden zu sichern ...

Der Weltfriedenskongreß erklärt, daß die Verteidigung des Friedens eine Sache aller Völker ist."

Dieses Manifest des Weltfriedenskongresses hat unter den Völkern aller Länder stärksten Widerhall gefunden. In 52 Ländern wurden bereits Nationale Komitees zum Schutze des Friedens gebildet. Gegenwärtig unterhält das Ständige Komitee mit den Organisationen der Friedensfreunde in 76 Ländern, d. i. in fast allen Ländern der Erde, dauernde Verbindung. Nach dem Pariser Friedenskongreß wurden in 28 Ländern gleichfalls Nationale Kongresse zur Verteidigung des Friedens abgehalten, und zwar in Frankreich, Italien, Holland, Belgien, in der Deutschen Demokratischen Republik, in England, Japan, Indien, China und anderen Ländern.

Auf dem amerikanischen Kontinent wurden Friedenskongresse in den Vereinigten Staaten, in Kanada, Uruguay, Argentinien, Brasilien, auf Cuba und in anderen Ländern veranstaltet.

Alle diese Friedenskongresse zeigten den unbeugsamen Willen der Volksmassen, die verbrecherischen Pläne der Kriegsbrandstifter zu durchkreuzen.

Die Bewegung wird unaufhaltsam

Ein gewaltiger Beitrag zur Internationalen Friedensbewegung war die Konferenz zum Schutze des Friedens in Moskau, welche bewiesen hat, daß sich die Friedenspolitik der Sowjetunion auf den einmütigen Willen des gesamten Sowjetvolkes stützt.

Am Internationalen Tag des Kampfes für den Frieden — am 2. Oktober 1949 — wurden in 60 Ländern mächtige Demonstrationen veranstaltet. Dieser Tag war ein neuer und leuchtender Beweis für die

Auf dem Allunionskongreß der Friedensanhänger in Moskau.

Ankunft einer Delegation des Weltfriedensrates auf dem Moskauer Flugfeld. Der Leiter der Delegation, Ives Farge, bei der Begrüßungsansprache.

So idarität aller aufrichtigen Friedensfreunde und für ihre Entschlossenheit, den Kriegshetzern das verbrecherische Handwerk zu legen.

So ist in unerhört kurzer Zeit zum erstenmal in der menschlichen Geschichte eine organisierte Front der Friedenskämpfer entstanden. An ihrer Spitze steht als mächtigste Vorkämpferin und stärkster Rückhalt des Weltfriedens — die Sowjetunion.

Ein kennzeichnender Zug der Friedensbewegung ist die Tatsache, daß in ihr breiteste Schichten der Bevölkerung zusammengeschlossen sind, daß täglich mehr Menschen zu ihr stoßen. Das ist durchaus verständlich, da ja die überwiegende Mehrheit der Menschen an der Erhaltung des Friedens interessiert ist, während nur eine Handvoll Nutznießer im imperialistischen Lager, die am Blut der Völker verdienen, den verbrecherischen Wunsch nach einem neuen Kriege haben können.

Aber nicht nur durch ihre weltweite Ausbreitung zeichnet sich die Friedensbewegung in ihrem gegenwärtigen Stadium aus. Ein wesentlicher Zug ist auch die zunehmende Aktivität der Friedenskämpfer, die Anwendung immer neuer und immer aktiverer Formen des Kampfes. Immer umfassender wird der Boykott von Filmen, Zeitungen, Zeitschriften, Radiogesellschaften, Einrichtungen und Personen, die sich der Propaganda für einen neuen Krieg schuldig machen.

Die werktätigen Massen greifen auch bereits zu praktischen Maßnahmen gegen die Erzeugung und Beförderung von Waffen und Rüstungsmaterial. Sie kämpfen unter den Losungen:

„Kein Hafenarbeiter ladet Schiffe mit amerikanischen Waffen aus!"

„Kein Arbeiter erzeugt Waffen für einen Krieg gegen die UdSSR und die Länder der Volksdemokratie!"

Die Friedenskämpfer setzen alle Mittel ein, um die Kriegsbrandstifter zu entlarven und den Frieden zu sichern. Das Sekretariat des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses hat an die Parlamente verschiedener Länder Abordnungen entsandt, denen international bekannte Persönlichkeiten angehörten. Die Delegationen sollten Vorschläge für die Einstellung des Wettrüstens, für das Verbot der Atomwaffe und den Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den Großmächten überbringen.

Die Parlamente nehmen Stellung

In der Sowjetunion wurde die Abordnung der Friedensfreunde vom Vorsitzenden des Sowjets der Union und vom Vorsitzenden des Sowjets der Nationalitäten empfangen, die den Abgesandten die Versicherung gaben, sie würden ihre Vorschläge im Obersten Sowjet der UdSSR unterstützen. Und bekanntlich fand bereits im Juni 1950 im Kreml eine Sitzung des Obersten Sowjets statt, in welcher dieser die Friedenspolitik der bolschewistischen Partei wärmstens begrüßte

und den Vorschlägen des Ständigen Komitees seine volle Unterstützung zusagte. Ebenso haben auch die Parlamente der volksdemokratischen Länder — Rumäniens, Ungarns, Polens, der Tschechoslowakei, Bulgariens und Albaniens — dem Willen ihrer Völker Ausdruck verliehen und die Friedensvorschläge des Ständigen Komitees gebilligt.

Die herrschenden Kreise in einer Reihe von kapitalistischen Ländern, die sich weigerten, die Abordnungen des Ständigen Komitees zu empfangen und dessen Vorschläge zur Einstellung des Wettrüstens und für das Verbot der Atomwaffe zur Kenntnis zu nehmen, haben damit offen bekundet, daß sie Feinde des Friedens sind. Bekanntlich hat der englische Premierminister Attlee es abgelehnt, die Delegation des Ständigen Komitees zu empfangen. Der amerikanische Staatssekretär des Äußeren, Acheson, ließ die Delegierten überhaupt nicht in die Vereinigten Staaten einreisen. Das österreichische und das belgische Parlament lehnten es ab, den Aufruf des Ständigen Komitees zur Debatte zu stellen, und die holländische Regierung ließ die Delegierten sogar in gröblichster Weise unter Polizeieskorte über die Grenze schaffen.

Das ist die Art, wie die an einem neuen Kriege interessierten imperialistischen Machthaber samt ihren Lakaien in den Parlamenten und Ministerien die Massenbewegung für das Verbot der Atomwaffe einschätzen.

Aber die Völker sind sehend geworden . . .

Der englisch-amerikanische Imperialismus stellt geradezu eine Bedrohung der Existenz der Menschheit dar. In den USA werden die menschenmörderischen Theorien der modernen Malthusianer offen gepriesen, da man in diesen Theorien eine Rechtfertigung für Kriege, Hungersnot und Epidemien erblickt, durch welche Millionen von Menschenleben vernichtet werden.

Die Ideologen der USA bemühen sich in einer Reihe von Büchern („Der Weg zur Rettung" von Vogt u. a.) nachzuweisen, daß angesichts der übermäßigen Bevölkerungszunahme und der Begrenztheit der natürlichen Hilfsquellen Kriege zwischen den Völkern unvermeidlich seien. Die englisch-amerikanischen Kriegsbrandstifter sind — ähnlich wie seinerzeit Hitler — bestrebt, zur Förderung ihrer Weltherrschaftspläne die Mißachtung des Menschen zu züchten, das Menschenleben zu entwerten und den barbarischen Kult der Massenvernichtung zu sanktionieren.

Aber die Völker haben aufgehört, blind und passiv zu sein; sie sind gesonnen, die Verteidigung des Friedens aktiv in die Hand zu nehmen. Die Kräfte der friedliebenden einfachen Menschen sind größer als die Kräfte, die zum Kriege treiben; sie sind stark genug, die Aggression im Zaum zu halten. Die Voraussetzung hiefür ist der entschlossene und beharrliche gemeinsame Kampf für den Frieden.

III. Die Friedensbewegung in ihrem gegenwärtigen Stadium

Gegenwärtig ist die Friedensbewegung in ein neues Stadium ihrer Entwicklung eingetreten. Ein wesentliches Merkmal dieses neuen Stadiums ist der konkrete Abwehrkampf gegen die aggressiven Maßnahmen der Kriegstreiber.

Überragende Bedeutung kommt dabei der Sammlung von Unterschriften für die Forderung nach dem Verbot der Atomwaffe zu. Diese Forderung wurde auf der dritten Tagung des Ständigen Komitees der Friedensanhänger, die in der Zeit vom 15. bis 19. März 1950 in Stockholm abgehalten wurde, aufgestellt und der Weltöffentlichkeit zur Beurteilung vorgelegt.

Auf dieser Tagung wurde das Programm für die weitere Tätigkeit im Kampfe um den Frieden umrissen und an alle Menschen, die guten Willens sind, folgender Aufruf gerichtet:

„Wir fordern das bedingungslose Verbot der Atomwaffe als einer Waffe der Aggression, der Einschüchterung und des Massenmordes.

Wir fordern die Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle über die Durchführung dieses Beschlusses.

Wir sind der Anschauung, daß diejenige Regierung, die als erste die Atomwaffe gegen irgendein Land einsetzt, ein Verbrechen an der Menschheit verübt und als Kriegsverbrecher zu betrachten ist.

Wir fordern alle Menschen, die guten Willens sind, auf, diesen Aufruf zu unterschreiben.“

Die Tagung des Ständigen Komitees hat an alle Friedensanhänger und an alle anständigen Menschen unabhängig von ihrer weltanschaulichen oder sonstigen Einstellung die Einladung gerichtet, Vertreter zum Zweiten Weltkongreß der Friedensanhänger im Herbst 1950 in Warschau zu entsenden.

Die Forderungen des Stockholmer Aufrufes entsprechen dem unmittelbarsten Lebensinteresse der überwältigenden Mehrheit der Menschen der Erde. Die Atomwaffe ist eine Angriffswaffe, eine Waffe zur Massenvernichtung unschuldiger Menschen. Die Völker wollen keinen Krieg. Sie wollen Frieden und friedliche Arbeit.

Das Sowjetvolk unterschreibt den Stockholmer Aufruf

V. l. n. r.: Präs. d. Ukrain. Akademie d. Wissenschaften, A. Palladin; Schriftsteller G. Leonidse; Akademiker A. Oparin.

Im Moskauer Maschinenbauwerk „Roter Proletarier": Stalinpreisträger I. Bjelow gibt seine Unterschrift.

Gleichzeitig sind diese Forderungen ein neuer schwerer Schlag gegen die Imperialisten, indem sie deren aggressive Pläne aufdecken, zu ihrer moralischen und politischen Isolierung beitragen und warnend ankündigen, daß die Völker mit den Kriegsbrandstiftern und deren Helfershelfern, die die Menschheit mit der Atomwaffe bedrohen, streng abrechnen werden.

Was bedeutet die Unterschriftensammlung?

Jede Unterschrift, die unter diesen Aufruf gesetzt wird, bedeutet einen Schlag gegen die Kriegshetzer.

Die Forderung der Friedensfreunde nach dem Verbot der Atomwaffe gilt für alle Länder, in denen Atombomben hergestellt werden oder in Zukunft hergestellt oder angewendet werden können.

Die Friedensfreunde fordern die Ächtung jeder Regierung, die es als erste wagen sollte, sich der Atomwaffe zu bedienen.

Den Frieden zu wünschen und zu ersehnen, genügt nicht. Er muß erkämpft werden. Ob es zu einem dritten Weltkrieg kommen wird oder nicht, das hängt vom Willen der Völker, vom Willen der einfachen Menschen ab.

Jede Unterschrift, die unter den Stockholmer Aufruf gesetzt wird, ist ein Ausdruck der Entschlossenheit, den Frieden zu verteidigen.

Der Dekan von Canterbury, Hewlett Johnson, sagte richtig: „Eine Million Unterschriften wird die Kriegshetzer ärgern, zehn Millionen Unterschriften werden sie in Unruhe versetzen, hundert Millionen Unterschriften werden ihre Pläne vereiteln und der Welt den Frieden erhalten."

Und darum hat das Ständige Komitee alle Menschen, die den Frieden in der ganzen Welt wollen, aufgefordert, diesen Aufruf zu unterzeichnen.

Der bekannte Schriftsteller und Nobelpreisträger Thomas Mann hat den Aufruf des Ständigen Komitees unterzeichnet und erklärt: „Die Atombombe ist offensichtlich eine ernstliche Bedrohung der Menschheit. Die Wissenschafter, die die Bombe erfunden haben, sind höchst betroffen und spüren Gewissensbisse bei dem Gedanken, daß man sich ihrer Erfindung zum Unglück der Menschheit bedienen könnte. Selbst in Amerika wenden sie sich heftig gegen die Anwendung der Atombombe und bemühen sich, sie auszuschalten. Sie sagen und schreiben es ... Ich habe den Stockholmer Aufruf unterzeichnet, weil ich jede Bewegung unterstütze, die das Ziel hat, dem Frieden zu helfen."

Der Aufruf mit der Forderung des Verbotes der Atomwaffe hat bei den Völkern aller Länder und Kontinente stärksten Widerhall und begeisterte Zustimmung gefunden, hunderte Millionen Menschen, die

guten Willens sind, unterzeichnen ihn — Arbeiter und Bauern, alle rechtschaffenen und fortschrittlichen Politiker, Publizisten und Gelehrten, alle, denen das Leben ihrer Kinder, Schwestern und Mütter etwas bedeutet. Die Kräfte des Friedens sind unerschöpflich. Unter den ersten Unterschriften finden wir die Namen einflußreicher und bekannter Persönlichkeiten aus allen Ländern, die Namen berühmter Gelehrter aus England, Frankreich, Italien und China, die Namen vieler Schriftsteller sowie zahlreicher Vertreter der viele Millionen umfassenden Gewerkschaften.

Den Frieden gewinnen heißt das Leben gewinnen

„Wer als erster die Atombombe anwendet, soll das Schicksal Hitlers, Görings und Seyß-Inquarts teilen", sagte der junge Holländer Markus Bakker.

„Ich verweigere jede Art wissenschaftlicher Forschungsarbeit, die mit der Vorbereitung eines neuen Krieges zusammenhängt", erklärte der australische Physiker George Kaiser.

In einem Kommuniqué des Internationalen Verbandes Demokratischer Juristen heißt es: „Die Atombombe ist in erster Linie eine Waffe zur Massenausrottung der Zivilbevölkerung. Die Regierung, die die Atomwaffe als erste anwendet, verletzt damit offenkundig das internationale Recht und macht sich eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig. Die Staatsoberhäupter, die Regierungsmitglieder oder die militärischen Oberkommandierenden, die als erste den Befehl zum Abwurf der Atombombe geben, müssen persönlich die Verantwortung und die Strafe für das von ihnen begangene Verbrechen tragen."

Der Weltbund der Demokratischen Jugend schreibt in seinem Aufruf: „Junge Arbeiter! Junge Arbeiterinnen! Ihr sehnt euch nach Leben und Glück, ihr liebt eure Mütter und Väter, eure Brüder und Schwestern. Erkennet die Gefahr, die ihnen allen droht! Kämpft gegen die Atombombe, die Waffe des Todes, unterzeichnet den Aufruf der Stockholmer Tagung!"

Der Appell schließt mit den Worten:

„Gewinnen wir den Frieden, so gewinnen wir das Leben!"

Alle Völker für den Frieden

Besonders deutlich ist der Friedenswille des Volkes in den Ländern der Volksdemokratie zum Ausdruck gekommen.

Fast die gesamte erwachsene Bevölkerung der Tschechoslowakei, Polens, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Albaniens hat den Stockholmer Aufruf unterzeichnet.

Die katholischen Geistlichen der Tschechoslowakei treten zusammen mit dem ganzen Volk für den Frieden ein und wenden sich mit flammendem Protest gegen die Atombombe. In einer Resolution

der Prager Geistlichen wird gefordert, daß man die religiöse Lehre von den weltlichen Interessen des Vatikans unterscheiden müsse; in dieser Resolution nehmen die Prager Geistlichen gegen den Mißbrauch der religiösen Gefühle des tschechischen Volkes Stellung, der im Dienste der weltlichen Ziele des Vatikans mit ihnen getrieben wird.

470 katholische Geistliche Polens, die während der deutsch-faschistischen Okkupation ihrer Freiheit beraubt waren, erklärten in einer auf dem Gebiete des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz gehaltenen Versammlung ihre Solidarität mit dem Ziele des Stockholmer Aufrufes.

Die reaktionäre Presse in Österreich versucht — von den Erfolgen der Friedenskämpfer aus der Fassung gebracht — den Friedenswillen der einfachen Menschen im allgemeinen und die freie Willensäußerung der Bevölkerung der Volksdemokratien zugunsten des Friedens im besonderen auf jede nur mögliche Weise zu verleumden. Sie verbreitet die Lüge, daß die Menschen in diesen Ländern zur Unterschrift gezwungen werden.

Es gehört jedoch nicht viel Scharfsinn dazu, um zu sehen, daß es sich hier um eine plumpe Verleumdung seitens der österreichischen Reaktion handelt. Denn in den Ländern der Volksdemokratie sind nicht Gutsbesitzer und Kapitalisten an der Macht, sondern Vertreter des Volkes — Arbeiter, Bauern und Intellektuelle. Und eines weiß jeder: daß die einfachen Menschen, die Werktätigen, den Krieg hassen. Der Krieg bedeutet für sie nur Verderben, Ruin und Armut. Der Krieg rentiert sich nur für die, die daran verdienen, d. h. für die Kapitalisten.

In den Ländern der Volksdemokratie sind nicht Agenten der Atomwaffe und der amerikanischen Kriegsbrandstifter an der Macht, die es dem Volke gegenüber wagen könnten, offen gegen die Weltfriedensbewegung aufzutreten, wie es in Österreich der Fall ist. Das ist der Grund, warum der Friedenswille des Volkes in jenen Ländern einen so mächtigen Ausdruck finden mußte.

In Polen wurden bis zum 20. Juni 18 Millionen Unterschriften gesammelt, d. h. fast 100% der erwachsenen Bevölkerung haben unterschrieben. In Rumänien unterzeichneten bis zum 1. Juli 1950 10 Millionen, in Deutschland über 17 Millionen, in China bis Anfang August über 50 Millionen.

Trotz Reaktion und Terror

In den USA, in England und in Frankreich, wo die imperialistischen Kriegstreiber an der Macht sind, tun Reaktion und Regierung alles, was in ihren Kräften steht, um die Ausbreitung und den Erfolg des Friedenskampfes zu behindern. Gestützt auf den Umstand, daß Presse, Radio und die Verlagsunternehmungen in diesen Ländern unter dem Einfluß kapitalistischer Monopolfirmen stehen, hat die Reak-

tion gegen den Kampf um den Frieden und gegen das Verbot der Atomwaffe einen wütenden Propagandafeldzug begonnen.

Jedoch auch in diesen Ländern will das Volk den Frieden und haßt es den Krieg. Dies erklären auch ganz offen die besten Vertreter der Intelligenz, Gelehrte und Geistliche, und alle fortschrittlichen, anständigen Menschen in diesen Ländern.

So haben in den USA 10 Professoren der Harvard-Universität einen Aufruf an das amerikanische Volk gerichtet, in dem sie die Anwendung der Atombombe verurteilen. In dem Aufruf heißt es: „Die Welt und das amerikanische Volk müssen von diesem Alpdruck befreit werden."

Ende Mai wurde in Chikago die „Konferenz zur Verteidigung des Friedens um die Jahrhundertmitte" einberufen. Diese Konferenz hat gezeigt, daß sich Vertreter verschiedenster Schichten des amerikanischen Volkes, Menschen der verschiedensten politischen Richtungen um ein weitgefaßtes Programm zusammenschließen können, das in der Forderung gipfelt, den „kalten Krieg" einzustellen, die Atomwaffe zu verbieten und alle Fragen zwischen den USA und der UdSSR friedlich zu regeln.

Auf der Chikagoer Konferenz wurde ein Aufruf an das gesamte amerikanische Volk beschlossen, worin es heißt:

„Frieden und Leben — oder Krieg und Massenvernichtung! Das amerikanische Volk muß sein Schicksal selbst in die Hände nehmen und erklären, daß ein Krieg vermieden werden kann... Das friedliche Nebeneinanderbestehen zweier Systeme ist möglich und nicht nur möglich, sondern auch notwendig."

Zu Ehrenmitgliedern des neuen nationalen „Komitees der Anhänger des friedlichen Weges" wurden der Negerbischof Wells, Emil Green Bell und der Schriftsteller Thomas Mann gewählt.

Auf dem Friedenskongreß in Melbourne (Australien) erklärte der dort anwesende amerikanische Professor Fletcher:

„Nicht das Volk, sondern die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Herstellung von Wasserstoffbomben beschlossen. Das amerikanische Volk will keinen Krieg... trotz verstärkter Kriegspropaganda bewahrt es sich ein starkes Solidaritätsgefühl im Kampf um den allgemeinen Frieden."

Bis Anfang August hatten in den USA 1,25 Millionen Menschen den Stockholmer Appell unterzeichnet.

Das englische Volk protestiert

Das Englische Komitee zur Verteidigung des Friedens veröffentlichte am 11. Mai eine Erklärung, in welcher es „alle diejenigen, denen der Friede und die Unabhängigkeit ihres Landes heilig ist," aufruft, „dem neuen Plan der Verwandlung Englands in ein Atombomben-

arsenal Widerstand zu leisten und die unverzügliche Rückkehr der in England befindlichen amerikanischen Soldaten und Bombenflugzeuge in die USA" zu fordern.

Die Friedensfreunde in England fordern nachdrücklich, daß die amerikanischen Truppen und die Agenten im diplomatischen Dienst abberufen werden.

Am 5. Mai 1950 verstellten Mütter und Frauen von Arbeitern während einer Militärparade in London mit den Losungen „Die Frauen wollen Frieden!", „Schluß mit dem Krieg!", „Friede für unsere Kinder!" den Soldaten den Weg und hielten so den Vorbeimarsch der Truppen für geraume Zeit auf.

130 Labourabgeordnete brachten am 9. Mai im englischen Parlament eine Resolution ein, in der die Verhütung eines dritten Weltkrieges gefordert wird.

In einer Massenversammlung von 53 Londoner Gewerkschaftsorganisationen wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Wir versprechen, alle Kräfte einzusetzen, um ein Verbot der Atombombe und anderer Arten von Massenvernichtungswaffen zu erreichen."

Anläßlich der Aufführung eines Kriegspropagandafilms in einem Londoner Kino wollte dort ein General eine Werberede für die Armee halten. Als er zu seiner Ansprache ansetzte, ging auf die Anwesenden ein Regen von Flugblättern mit der Forderung nach dem Verbot der Atomwaffe nieder. Die Rede des Generals wurde durch leidenschaftliche Rufe: „Wir wollen keinen Krieg!" unterbrochen.

Eine Gruppe englischer Mütter — manche mit Kindern an der Hand — zog am 9. Mai vor die amerikanische Gesandtschaft und demonstrierte dort mit Plakaten, auf welchen zu lesen war: „Wir lassen unsere Söhne nicht abermals in ein Massaker!", „Die Atomwaffe bedeutet Krieg!", „Verbietet die Atomwaffe!"

Die Frauen überreichten einen Brief, den eine Gruppe von Müttern an den damals in London weilenden amerikanischen Außenminister Acheson gerichtet hatte und der die Forderung nach Frieden enthielt.

Frauen von Dundee und Glasgow sandten an Truman ein Protestschreiben, in welchem sie ihre Empörung über die unverfrorene Erklärung General Bradleys zum Ausdruck brachten, der gesagt hatte, daß man England als Atomstützpunkt und die englischen Männer als Kanonenfutter verwenden würde.

Eine anschauliche Illustration der zunehmenden Kraft der Friedensbewegung in England ist die Botschaft der Arbeiter von Sheffield an die sowjetischen Arbeiter des Donez-Kohlenbeckens vom 20. Mai 1950, in der die englischen Arbeiter ihren aufrichtigen Friedenswillen und ihre Bereitschaft zum Kampf für das Verbot der Atombombe und für die Beendigung des Rüstens zum Ausdruck bringen. Auch in England unterzeichnete über eine Million Menschen den Stockholmer Aufruf.

Todesopfer des Friedenskampfes in Frankreich. Streikende Hafenarbeiter in Brest schmücken die Stelle, an der der 26jährige Edouard Naze von der Polizei erschossen wurde, mit Blumen.

Frankreich erhebt sich

In Frankreich haben die Friedensfreunde einen aufopfernden Kampf gegen die internationalen Kriegsbrandstifter eröffnet. Die von hier ausgegangenen Streiks der Hafenarbeiter und Matrosen, die sich weigern, amerikanische Waffen zu verladen und zu befördern, haben auf fast alle westeuropäischen Häfen übergegriffen — insbesondere die dänischen und holländischen u. a. — und sich bis nach Afrika ausgewirkt. Den Matrosen und Hafenarbeitern haben sich die Eisenbahner, die Metall- und Rüstungsarbeiter angeschlossen.

Die Metallarbeiter von Paris und Mailand weigern sich, Kriegsmaterial zu erzeugen; die Konfektionsarbeiterinnen von Toulouse lehnen es ab, Uniformen zu nähen.

Ende Mai wurde auf Beschluß der Gewerkschaftskonferenz in Frankreich ein einstündiger Streik der Arbeiter der Rüstungsbetriebe und anderer militärischen Zwecken dienender Unternehmungen sowie der Arsenale organisiert, der großen Erfolg hatte.

Die französische Organisation „Kämpfer für Frieden und Freiheit" hat eine Kampagne für das Verbot der Atomwaffe und die Vernichtung der vorhandenen Atombomben begonnen und den Kampf des französischen Volkes für eine allgemeine Abrüstung eröffnet. In den Rüstungsbetrieben werden Kollektivaktionen von Arbeitern organisiert, die sich

weigern, Waffen, Munition und Militärflugzeuge herzustellen, und die verlangen, daß die Fabriken auf Friedensproduktion übergehen. So haben die Arbeiter der Flugzeugwerke in Tarbes zum Zeichen des Protestes gegen Rüstungsaufträge einen Streik ausgerufen. In den Häfen Cherbourg, St. Nazaire, Nantes, Rouen, La Pallice u. a. haben sich die Hafenarbeiter geweigert, Waffen und anderes von den USA geliefertes Rüstungsmaterial zu verladen.

Die letzten Ereignisse in Cherbourg in Frankreich haben deutlich gezeigt, daß die amerikanischen Imperialisten nicht damit rechnen können, die von ihnen nach Europa gelieferten Waffen gleichzeitig in nennenswerten Mengen zu verladen. Um in Cherbourg hundert Hafenarbeiter zur Arbeit zu bringen, mußten dort an 500 Polizisten und 2000 Soldaten zusammengezogen werden, es kamen also 5 Polizisten und 20 Soldaten auf einen Hafenarbeiter.

Als in Paris bekannt wurde, daß vom Bahnhof Batignolles ein Zug mit Polizisten nach Cherbourg abgehen sollte, legten sich mehr als 100 Menschen auf die Schienen, um die Abfahrt des Zuges zu verhindern, während einige Dutzend anderer die Waggons abkoppelten.

Immer häufiger weigern sich die Mannschaften französischer Schiffe, Truppen und Rüstungsmaterial für den „schmutzigen Krieg" in Vietnam nach Indochina zu transportieren.

Die Sammlung wird mit stets wachsendem Schwung und steigendem Erfolg fortgesetzt. Allein im Departement Seine, dessen Bevölkerung 4,7 Millionen Menschen beträgt, haben mehr als zwei Millionen ihre Unterschrift gegeben. An der Pariser Universität unterzeichneten 2000 Studenten den Aufruf. Insgesamt haben bis Anfang August 11 Millionen Franzosen die Stockholmer Resolution unterschrieben.

Französische Priester gegen die Atom-Schande

Am 19. Juni forderten die Kardinäle und Bischöfe Frankreichs das Verbot der Atombombe und richteten gleichzeitig an alle Katholiken die Aufforderung, für den Frieden zu kämpfen.

In einer von den französischen Bischöfen herausgegebenen Erklärung heißt es: „Niemand, der wirklich vom Geiste der Menschlichkeit beseelt ist, kann umhin, die Anwendung einer Waffe zu verdammen, welche die Massenvernichtung von Menschen bedeutet, die die Zivilbevölkerung und die Soldaten gleichermaßen und unterschiedslos mordet. Wir lehnen diese Waffe mit aller Entschiedenheit ab ... Wir sind überzeugt, daß die Menschen ihre geistigen und technischen Fähigkeiten zutiefst schänden, wenn sie die Wissenschaft in den Dienst so niedriger Ziele stellen".

Die Tatsache, daß die französischen Bischöfe in solcher Art für den Frieden und gegen die Atombombe ihre Stimme erheben, deckt die ganze Verlogenheit der österreichischen Agenten der Atombombe auf. Die Herren Figl, Graf, Helmer und andere ihres Schlages werden Men-

An der amerikanisch-sowjetischen Zonengrenze in Berlin demonstriert die Jugend für den Frieden und ein geeintes demokratisches Deutschland.

schen mit gesundem Verstand nicht einreden können, daß die französischen Kardinäle und Bischöfe „Geheimagenten der Kominform" oder „schwachköpfige Intellektuelle" seien. Durch die Stellungnahme der französischen Bischöfe wird denen, die unter dem heuchlerischen Deckmantel des Christentums in widerwärtiger Weise gegen die Friedenskämpfer hetzen und fanatisch für die Atombombe eintreten, endgültig die Maske vom Gesicht gerissen.

In den Marshall-Ländern

In den marshallisierten Ländern Europas — in Italien, den Benelux-Staaten, Österreich usw. werden immer weitere Kreise der Bevölkerung von der Friedensbewegung ergriffen.

Die Hafenarbeiter von Kopenhagen haben folgende Resolution gefaßt:

„Wir protestieren empört dagegen, daß Dänemark in ein amerikanisches Arsenal eines künftigen Krieges verwandelt wird. Wir wollen, daß der Hafen von Kopenhagen friedlichen Zwecken, d. h. dem freien Verkehr und Handel diene und nicht zu einem Kriegshafen gemacht werde."

In Italien, Belgien und anderen Ländern weigern sich die Hafenarbeiter nach dem Vorbild ihrer französischen Kameraden ebenfalls, Schiffe mit amerikanischem Rüstungsmaterial zu entladen.

In Westdeutschland haben sich die Hafenarbeiter mit ihren französi-

schen und italienischen Kameraden solidarisch erklärt und versichert, daß sie kein amerikanisches Rüstungsmaterial verladen werden, das im Rahmen des aggressiven Nordatlantikblocks nach Deutschland geliefert werden soll.

In vielen Städten Italiens wurden Versammlungen abgehalten und Demonstrationen veranstaltet, die die Zustimmung zu den Folgerungen des Stockholmer Aufrufes zum Ausdruck brachten. Ende Juli hatten in Italien 14,6 Millionen Menschen den Aufruf unterschrieben.

Die Einwohner von Neapel, wo faktisch der Belagerungszustand herrschte, veranstalteten zahlreiche Protestdemonstrationen gegen die Verladung amerikanischer Waffen durch Soldaten und Polizisten.

Die Reaktion antwortete darauf mit Verprügelung und Verhaftung der Demonstranten durch Abteilungen der „Celere".

Die Verlade- und Transportarbeiter von Florenz haben sich, gestützt auf die Solidarität der gesamten Bevölkerung, geweigert, aus Neapel geschicktes Rüstungsmaterial zu verladen und weiterzutransportieren. An die streikenden Hafenarbeiter von Ancona sandten die Bauern als Zeichen ihrer Solidarität große Mengen Lebensmittel.

Als die Hafenarbeiter der Aeritalia-Werke erfuhren, daß die Direktion einen Auftrag zur Herstellung von 50 „Vampir"-Jagdflugzeugen angenommen hatte, legten sie die Arbeit nieder und erklärten, daß sie niemals Rüstungsmaterial erzeugen würden.

Eine Gruppe angesehener öffentlicher Funktionäre und zahlreiche Vertreter des Kulturlebens erklärten sich für den Aufruf der Stockholmer Tagung. Aus diesem Anlaß fand in Rom die „Römische Versammlung gegen die Atomgefahr" statt. Ihrem Ehrenausschuß gehören folgende Persönlichkeiten an: De Nicola, ehemaliger Präsident der Republik, Senator; Bonomi, Vorsitzender des Senats; Granchi, Vorsitzender der Senatskammer; Orlando und Nitti, ehemalige Ministerpräsidenten, und andere Staatsmänner.

Bürgermeister rufen ihre Kollegen

Ende Juni richteten die Bürgermeister von 17 italienischen Städten an die Bürgermeister aller großen Städte der Welt ein Schreiben, worin sie für die Unterzeichnung des Stockholmer Aufrufes und das Verbot der Atombombe eintraten.

Die Bürgermeister von Genua, Turin, Florenz, Valona, Venedig, Livorno und einer Reihe anderer italienischer Städte unterschrieben den Aufruf.

Unter den Städten, deren Bürgermeister Schreiben des oben erwähnten Inhalts erhalten hatten, waren auch alle größeren Städte Österreichs — neben Wien, Linz, Graz, Innsbruck, Salzburg. Die italienischen Bürgermeister sagten in dem Schreiben:

Friedensdemonstration in der Hauptstadt Italiens.

„Im Namen aller Einwohner Ihrer Stadt wenden wir uns an Sie und erlauben uns, Sie daran zu erinnern, daß zwischen der Bevölkerung unserer Städte und der der Ihrigen seit alten Zeiten viele und schöne Beziehungen geistiger, künstlerischer und gesellschaftlicher Art bestanden. Wir, denen die Verwaltung und damit auch das Schicksal dieser Städte anvertraut ist, können ebensowenig wie Sie, die Sie sich in gleicher Lage befinden, der damit übernommenen Verantwortung ausweichen.

Millionen Menschen werden von uns Rechenschaft fordern, wenn wir es verabsäumen, klar und eindeutig für die Menschlichkeit Stellung zu nehmen, wenn wir, vor diesen Volksentscheid gestellt, stumm bleiben.“

Des weiteren wird in diesem Schreiben gesagt, daß der Krieg nicht unvermeidlich ist: „Krieg und Atomgefahr können von unseren Städten abgewendet werden. Wir werden festbleiben im Geiste des Stockholmer Aufrufs. Die Stimmen von Millionen und aber Millionen Bürgern aller Länder sollen wie ein einziger mächtiger Schutzwall der Drohung des Todes und der Zerstörung Trotz bieten.“

Trotz Folter und Tod

Ein Teil der Friedensbewegung ist auch der heldenhafte Kampf, den die Kolonialvölker Malayas und Vietnams gegen die imperialistischen Unterdrücker um ihre Unabhängigkeit führen.

Aus Malaya wird gemeldet:

„Das Volk wird gegenwärtig den gleichen Foltern unterworfen, denen es auch von den Japanern ausgesetzt wurde: Wasserfolter, Verbrennen durch Zigarren, an die Decke hängen, Prügel, Anzünden von Dörfern, Erschießen von Gefangenen, Bombardements und Beschuß mit Bordwaffen."

Aber weder die Folter noch der Terror der englischen Truppen können den Kampfgeist des heroischen malaiischen Volkes brechen. Die ganze fortschrittliche Menschheit verfolgt voll wärmster Anteilnahme den Kampf des malaiischen sowie den erfolgreichen Kampf des vietnamesischen Volkes.

In Frankreich und England schwillt die Welle des Protestes gegen die imperialistischen Raubkriege in den Kolonien. Die französischen Hafenarbeiter weigern sich, Waffen und anderes Kriegsmaterial für den „schmutzigen Krieg in Vietnam" zu verladen.

In London veranstaltete die kommunistische Jugendorganisation eine Protestkundgebung gegen den Krieg in Malaya. Ein Teilnehmer erklärte:

„Wer den Frieden will, kann nicht schweigen, wenn er liest, daß englische Truppen auf Befehl der Labourregierung Frauen und Kinder niedermetzeln, Schulen bombardieren und ganze Städte mit Hilfe von Spitfire-Flugzeugen und Flammenwerfern zerstören."

Das Volk in Frankreich und England begreift immer klarer, daß die Imperialisten ihre Raubkriege auf seine Kosten führen und daß die Kriegsvorbereitungen das Volksvermögen aufs schwerste belasten, den Lebensstandard senken und die Mittel verringern, die für ärztliche Betreuung und Volksbildung vorgesehen sind.

Darum bedeutet die Friedensbewegung für die Imperialisten, die die Kolonialkriege führen, einen empfindlichen Schlag und hilft den Werktätigen bei ihrem Kampf um die Erhöhung des Lebensstandards.

Ein anderes Deutschland

Ein bedeutsamer Beitrag zum Kampf um den Frieden war das Pfingsttreffen der deutschen Jugend in Berlin, an dem 700000 Burschen und Mädel aus ganz Deutschland teilnahmen. Trotz den in der Presse der Westmächte verbreiteten Drohungen, daß gegen die Demonstranten mit Tränengas und wenn nötig mit Maschinengewehren und Artillerie vorgegangen werden würde, kam die deutsche Jugend in Scharen zu dem Treffen und gestaltete dieses zu einer gewaltigen Demonstration für den Frieden und die Einheit des friedliebenden demokratischen Deutschland. Ihre Losungen waren:

„Wir wollen, daß niemals mehr ein deutscher Junge sein Leben für die Interessen habgieriger, volksfeindlicher Menschen hergeben muß, die am Krieg profitieren! Wir wollen einen dauerhaften Frieden!"

Beim Pfingsttreffen der deutschen Jugend in Berlin wurde der Präsident des Weltjugendbundes, Guy de Boisson, vom Vorsitzenden der Freien Deutschen Jugend, Erich Honnecker, herzlich begrüßt.

Am ersten Juni wurde der internationale „Tag des Kindes" abgehalten, der ebenfalls in der ganzen Welt im Zeichen des Kampfes für den Frieden, für die Rettung unserer Kinder vor der furchtbaren Drohung eines neuen Krieges und der Vernichtung durch die Atombombe stand.

Auf der Ende Mai in London abgehaltenen Tagung des Büros des Ständigen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger wurden die ersten Ergebnisse der Kampagne für das Verbot der Atomwaffe bekanntgegeben. Schon mehr als 100 Millionen Menschen hatten bis zu diesem Zeitpunkt den Aufruf unterschrieben und der Kampf um den Frieden ist so zur mächtigsten Bewegung der Gegenwart geworden.

Der bekannte amerikanische Sänger Paul Robeson sagte auf der Londoner Konferenz:

„Einst herrschte in den USA die Meinung, daß das erste Land, welches die Atombombe abwirft, als Sieger aus einem Krieg hervorgehen wird. Heute ist man sich dessen nicht mehr so sicher."

Der bekannte französische Politiker d'Arboussier erklärte im Ständigen Komitee der Friedensfreunde:

„Wir sind keine politische Organisation. Wir bitten darum, daß die UNO diesen Aufruf unterstützt und die Regierungen aller Länder der Welt auffordert, ihre Unterschriften darunter zu setzen."

Je machtvoller die Weltfriedensbewegung ist, um so wirksamer kann auch die Tätigkeit der UNO zur Sicherung der friedlichen Zusammenarbeit der Mächte sein.

Die Londoner Tagung hat den Friedenskämpfern als wichtigste Aufgabe die weitere Intensivierung und Ausbreitung der Unterschriftenkampagne gestellt, damit diese bis zur Einberufung des zweiten Weltfriedenskongresses, der im November 1950 in London stattfinden soll, abgeschlossen werden kann.

In einer Resolution der Londoner Tagung heißt es:

„Jeder Mann und jede Frau in jedem Land müssen bis zur Eröffnung des zweiten Weltfriedenskongresses ihre Einstellung zur Frage des Verbotes der Atombombe klar zum Ausdruck gebracht haben."

IV. Die Friedensbewegung in Österreich

Anfang Mai 1950 wurde in Österreich eine großangelegte Kampagne zur Sammlung von Unterschriften für den Aufruf des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses und dessen Forderung nach dem Verbot der Atomwaffe eröffnet. Gleichzeitig wurden die Arbeiten zur Vorbereitung des Ersten Österreichischen Friedenskongresses am 10. und 11. Juni 1950 sehr intensiviert. Am 26. April 1950 wurde ein Aufruf des Österreichischen Friedensrates an alle gewerkschaftlichen, kulturellen, religiösen, gesellschaftlichen und anderen Organisationen veröffentlicht, in welchem diese aufgefordert wurden, sich an der Unterschriftensammlung für den Aufruf des Ständigen Komitees zu beteiligen und im österreichischen Volke nach besten Kräften im Sinne des Verbotes der Atomwaffe zu wirken.

Am 20. Mai 1950 fand in Wien eine Stadtkonferenz der Bezirksfriedensräte statt, auf welcher der „Wiener Friedensrat" konstituiert wurde.

Der Aufruf des Österreichischen Friedensrates hat im österreichischen Volk, bei den Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, bei Gelehrten, Künstlern, Arbeitern und Bauern stärksten und nachhaltigsten Widerhall gefunden. Bis Mitte Juni 1950 wurden mehr als 600000 Unterschriften gesammelt. Allein in Wien wurden über 250000 Unterschriften abgegeben. In manchen Betrieben unterzeichnete die gesamte Belegschaft. So gaben in den Glanzstoffwerken in St. Pölten über 80% der Arbeiter ihre Unterschrift; die Arbeiter und Angestellten der Erdölraffinerien in Korneuburg, Stockerau, der Bohrstellen Traismauer und Obergrafendorf u. a. haben fast zu 100% den Aufruf unterzeichnet.

Aus Oberösterreich wird gemeldet, daß ganze Ortschaften den Friedensaufruf unterzeichnen. Menschen verschiedenster Parteizugehörigkeit und Weltanschauung beteiligen sich an dieser wachsenden Bewegung, denn alle eint ein großes Ziel — ihre Kinder, Frauen und Mütter, ihre Heimstätte und ihr Land vor den Schrecken des Krieges und der Massenvernichtung zu bewahren.

Eine öffentliche Versammlung von Delegierten des „Verbandes demokratischer Handel- und Gewerbetreibender Österreichs" brachte in einer Resolution den Protest gegen die Kriegshetze zum Ausdruck

und erklärte ihre Solidarität mit den Initiatoren des Stockholmer Aufrufes; gleichzeitig werden darin alle Handel- und Gewerbetreibenden aufgefordert, den Friedensaufruf zu unterzeichnen.

Die Reaktion greift ein

Die österreichische Reaktion ist durch die Erfolge der Friedensbewegung in hohem Maße beunruhigt. Sie steht nun vor der schwer zu lösenden Aufgabe, den „Nutzen" der Atombombe zu beweisen und gegen die Friedensbewegung aufzutreten.

So haben denn die reaktionären Kreise, in ihrem Bestreben, die Bewegung zu untergraben, verschiedene verlogene Argumente gegen sie ausgedacht und verbreitet.

Erstens erklären die Parteiführungen der ÖVP und der SPÖ, die Friedensbewegung sei „eine Parteiangelegenheit der Kommunisten", und jeder, der den Aufruf gegen die Atombombe unterzeichne, nehme damit parteipolitisch gegen die österreichische Regierung und deren politische Linie Stellung. Dabei verschweigt die reaktionäre Presse den Text des Stockholmer Aufrufes, der ja keinerlei parteipolitische Forderungen enthält, sondern nur die Forderung nach dem Verbot der Atomwaffe. Die Reaktion verheimlicht auch, daß in der ganzen Welt und ebenso in Österreich Menschen der verschiedensten Parteirichtung den Aufruf uuterzeichnen.

Im Sinne dieser Verfälschungen und Entstellungen war auch ein Ministerratsbeschluß der österreichischen Bundesregierung vom 23. Mai 1950 gehalten, der die Friedensbewegung offiziell verurteilte

Als Antwort richtete der österreichische Friedensrat folgendes Telegramm an die Bundesregierung:

„Die österreichische Bundesregierung hat die Unterschriftensammlung (unter den Stockholmer Aufruf) als ‚parteipolitische Aktion' verurteilt. Diese Behauptung ist durch nichts gerechtfertigt. Richtet sich doch die Unterschriftensammlung lediglich gegen die Atomwaffe und diejenige Regierung, welche von dieser Waffe als erste Gebrauch macht. Die Unterschriftensammlung enthält sich jeder Parteinahme für den Osten oder Westen und will ausschließlich dem Frieden dienen."

Nicht nur die Kommunisten kämpfen für den Frieden

Was ist schließlich Schlechtes daran, daß die Kommunisten aktiv für den Frieden kämpfen? Die Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt ja, daß die Kommunisten stets an der Spitze des Kampfes für die lebenswichtigen Interessen der Werktätigen standen. Es ist nichts Auffallendes und Anstoßerregendes darin, daß sie auch in der gegen-

„Friedensanbeter" in Österreich

Als Begründung für die Weigerung der österreichischen Regierung, sich dem Stockholmer Aufruf anzuschließen, erklärte Bundeskanzler Figl: „Der Frieden ist für die Österreicher eine ‚zu heilige Sache' ... Wir brauchen keine Unterschriftensammlung".

(Aus „Literaturnaja Guseta", Nr. 51, Moskau 1950)

Bundeskanzler Figls „heilige Sache"

wärtigen Phase des Kampfes, in welchem es um die Erhaltung und Verteidigung des Friedens geht, in der ersten Reihe marschieren und sich als besonders konsequente ausdauernde Kämpfer erweisen. Die lügenhafte Beschuldigung, daß die Kommunisten in diesem Friedenskampf parteipolitische Interessen verfolgen, fällt schon deshalb als unhaltbar in sich zusammen, weil die 650 000 Unterschriften, die in Österreich bisher für den Stockholmer Aufruf erzielt wurden, mit hinreichender Deutlichkeit zeigen, daß sämtliche Schichten der Bevölkerung an der Friedensbewegung aktiv teilnehmen. Das Interesse am Frieden ist eben nicht nur auf der Seite der Kommunisten stark und elementar, sondern bei allen anständigen Menschen des Landes.

In die gleiche Richtung weist die Tatsache, daß im Österreichischen Friedensrat alle Schichten der Bevölkerung vertreten und nur 25% seiner Mitglieder Kommunisten sind.

Viele sozialistische Arbeiter und Funktionäre spielen in der Friedensbewegung eine aktive Rolle. Hiefür ließen sich reichlich Beispiele anführen.

Die reaktionäre Presse in Österreich versichert mit großem Geschrei, daß der Kampf gegen die Atombombe nutzlos und für die Sache des Friedens überflüssig sei. Gleichzeitig sucht sie aber immer wieder zu beweisen, daß man gegen die Friedensbewegung Stellung nehmen und Maßnahmen ergreifen müsse. So zeigt diese reaktionäre Presse, daß sie sich im Grunde für die Ziele der amerikanischen Kriegsbrandstifter einsetzt: sie tritt also nicht nur nicht gegen, sondern sogar für die Atombombe auf.

Warum sie dagegen sind

Jedem Menschen mit gesundem Verstand ist klar, daß die Atombombe keine Unterschiede zwischen den parteipolitischen oder religiösen Überzeugungen ihrer Opfer machen wird. Sie bedroht gleichermaßen Sozialisten, Kommunisten, Volksparteiler und Parteilose. Sie wütet blind unter den friedlichen Einwohnern — Männern, Frauen und Kindern — der großen Städte, auf die sie abgeworfen wird.

Gerade deshalb haben schon hunderte Millionen Menschen verschiedenster Parteirichtung den Aufruf zum Verbot der Atomwaffe unterschrieben. Wer verbietet denn den Rechtssozialisten und der Volkspartei, gegen diese unmenschliche Waffe der Massenvernichtung friedlicher Einwohner aufzutreten? Es ist klar, daß hinter diesem Verbot ihr gemeinsamer Gebieter, der amerikanische Imperialismus steht, dem sie sich offensichtlich — entgegen dem Interesse des österreichischen Volkes — verschrieben haben.

Je erfolgreicher sich die Friedensbewegung in Österreich entwickelt, desto mehr tobt die österreichische Reaktion. Das „Kleine Volksblatt" nannte die Friedensbewegung „schleichendes Gift".

Die Frauen von Wien bekunden ihren Friedenswillen.

Die Rechtssozialisten gefallen sich seit langem in der Pose der Verteidiger des „Friedens in Freiheit" und der „Demokratie". Doch wie diese Freiheit und Demokratie in der Praxis aussieht, zeigen sie selbst durch ihre Terrormaßnahmen, mit denen sie die Aktivität der Werktätigen im Kampfe für den Frieden zu unterdrücken und zu verbieten suchen. Sie lassen nicht nur ihre vergifteten Reden gegen die Friedensbewegung vom Stapel, sondern scheuen auch vor der Androhung und Anwendung von Gewalt nicht zurück. Das bestätigen zahlreiche Tatsachen.

So hat der Vorstand der Wiener Postdirektion, Grascher, allen Angestellten verboten, den Aufruf gegen die Atombombe zu unterschreiben. In einer Reihe von Betrieben in Floridsdorf und Ottakring wurden Dutzende Arbeiter durch Drohungen und andere Einschüchterungsmethoden seitens sozialistischer Funktionäre an der Unterzeichnung des Stockholmer Aufrufes verhindert. In St. Pantaleon im Bezirk Amstetten gingen zwei Polizisten von Haus zu Haus und erklärten den Bewohnern, sie hätten schwere Folgen zu gewärtigen, wenn sie den Friedensaufruf unterschrieben. Aber die Arbeiter beantworten diese schamlosen Versuche gewaltsamer Unterdrückung — mit der Unterzeichnung des Aufrufes. Die Reaktionäre, die mit billigen Phrasen die Demokratie verherrlichen, verbieten in der Praxis die Veranstaltung von Friedensausstellungen und diskriminieren ehrliche Menschen, die

den Mut und die Charakterstärke haben, gegen Krieg und Atombombe aufzutreten.

Die hier angeführten Tatsachen zeigen, was die heuchlerische Losung der Rechtssozialisten „Kein Friede ohne Freiheit" im Grunde bedeutet. Sie bedeutet die Unterdrückung der Volksbewegung für den Frieden. Das Volk will von dem Alpdruck der drohenden Atombombe frei werden, aber die österreichische Regierung verfolgt jeden, der sich für die Ächtung der Atombombe einsetzt. Das Volk wünscht den Frieden, aber die Regierung bestraft jeden, der diesem Wunsche in freier Stellungnahme Ausdruck zu geben wagt.

Somit reden die Reaktionäre von Freiheit und verweigern dabei den Menschen das Recht, frei und ohne Furcht für den Frieden einzutreten. Ihre „Freiheit" wird damit zur Freiheit für die Kriegsbrandstifter, zur Freiheit der Gewaltanwendung gegen die Friedensfreunde. Indem sie von „Diktatur" reden, führen sie tatsächlich die Diktatur der Kriegstreiber, die Diktatur des Dollars und der Atombombe herbei.

In ihrem Kampf gegen die Friedensbewegung nimmt die reaktionäre österreichische Presse noch zu einer anderen offenkundigen Lüge ihre Zuflucht. Sie erklärt, daß es keine Kriegsgefahr gebe und daß daher die Unterschriftenaktion ein „Schwindel" sei. Dabei verheimlichen die Reaktionäre dem Volk wohlweislich, daß die Unterschriftensammlung gegen den Atomtod für die Kriegsbrandstifter einen schweren Schlag bedeutet.

Man höre, was sie selbst von ihren militärischen Plänen sagen. Einer der Leiter des amerikanischen Informationsdienstes während des Krieges, Jackson, schreibt:

„Das amerikanische Volk muß seinen Komplex gegen das Schießen überwinden. Es ist im höchsten Grade zweifelhaft, ob es gelingen wird, Rußland in den Krieg hineinzumanöverieren. Wenn Rußland nicht beginnt, so müssen wir beginnen. Die einzige Überlegung ist die, ob die Aufgabe in zufriedenstellender Weise gelöst werden kann."

Senator Clarence Cannon erklärte in einer Debatte über den Atlantikpakt im amerikanischen Senat im April 1949:

„Wir werden nicht genötigt sein, im nächsten Krieg unsere Landarmeen nach Europa zu schicken, wie es im letzten Kriege geschah. Wenn wir die Soldaten anderer Völker ausrüsten, so werden wir deren Jugend in diese Hölle schicken und nicht die unsrige."

Ist es angesichts dieser zynischen Geständnisse der Imperialisten nicht offenkundig, daß die österreichische Reaktion das Ziel verfolgt, das österreichische Volk zum Kanonenfutter im Interesse der amerikanischen Kriegsbrandstifter zu machen?

Demselben Ziel dient auch die Antisowjethetze in Österreich. Die herrschenden Kreise in Österreich haben offenbar aus den Ereignissen der Vergangenheit keine Lehre gezogen. Sie haben vergessen, daß die

verhängnisvolle Politik der früheren Machthaber das Land zum ersten Opfer der Aggression Hitlers werden ließ. Aber das österreichische Volk hat nicht vergessen, daß die volksfeindliche Politik der Reaktion dazu geführt hat, daß Österreich an der Seite des deutschen Faschismus am Krieg teilnahm und wie teuer das Volk dafür bezahlen mußte, in welche Katastrophe es durch diese Politik hineingetrieben wurde! Eben dieses österreichische Volk darf und wird nicht zulassen, daß die gleichen reaktionären Kräfte — die heutigen Machthaber in Österreich — seine Söhne abermals in einem neuen von den englisch-amerikakanischen Kriegstreibern entfachten Weltbrand zum Kanonenfutter machen.

V. Der Erste Österreichische Friedenskongreß

In dieser schwierigen Situation wurde als sichtbarer Ausdruck der Entschlossenheit des österreichischen Volkes, für den Frieden zu kämpfen, am 10. und 11. Juni in Wien der Erste Österreichische Friedenskongreß abgehalten.

Die österreichische Reaktion hatte beharrlich versucht, die Einberufung dieses Kongresses zu verhindern. Die rechtssozialistische Gewerkschaftsführung hatte an alle ihre Unterorganisationen Zirkularschreiben versandt, in denen den Gewerkschaftsmitgliedern strikt verboten wurde, sich an der Bildung von Friedensräten zu beteiligen und den Aufruf der Stockholmer Tagung des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses zu unterzeichnen. Analoge Weisungen gab die Leitung der SPÖ an ihre Mitglieder aus. Der Vizebürgermeister von Wien, Weinberger, und Staatssekretär Graf drohten bei einer Kundgebung der ÖVP am 6. Juni in Wien allen jenen ganz unverhüllt mit Vergeltungsmaßnahmen, die den Aufruf für das Verbot der Atombombe unterzeichnen. Der Bürgermeister von Linz, der „Sozialist" Koref, untersagte die Unterschriftensammlung bei den Angestellten des Linzer Magistrats.

Die österreichische Regierung war bekanntlich mit ihrem Beschluß vom 23. Mai 1950 offen gegen die Friedensbewegung aufgetreten. Bundeskanzler Figl hatte erklärt, daß er jede Unterschrift unter den Friedensaufruf als „Verrat an den Lebensinteressen des österreichischen Volkes" betrachte.

Jedoch trotz Drohungen, Erpressungen und Terror ist die Friedensbewegung in Österreich, wie der Erfolg des Kongresses bewies, zu einer wirklichen Massenbewegung geworden. Im Lande wurden über 300 örtliche Friedenskomitees gebildet, in denen Vertreter aller Bevölkerungsschichten tätig sind.

Unter den Unternehmungen, in denen Friedensräte konstituiert wurden, befinden sich die großen „Vereinigten österreichischen Stahlwerke" in Linz, die „Austria-Email-Werke" in Wien, die „Voithwerke" in St. Pölten, die „Alpine Montangesellschaft", die „Rax-Werke" in Wr. Neustadt, „Waagner-Biro" in Wien und Graz und viele andere.

Die Friedensfreunde im Zistersdorfer Gebiet dürfen den Ruhm

für sich in Anspruch nehmen, erstmalig ganze Betriebe geschlossen der Friedensbewegung zugeführt zu haben. In vielen Fabriken sind Plakate ausgehängt, auf denen zu lesen steht: „Bei uns gehört die gesamte Belegschaft der Friedensbewegung an."

Dutzende von Unternehmungen haben dem Österreichischen Friedensrat Geldspenden in Höhe eines Stundenlohnes sämtlicher Arbeiter und Angestellten übergeben. Von einigen hundert Betriebsratkassen wurden rund S 40000,— an den Österreichischen Friedensrat abgeführt.

Die Geldmittel zur Vorbereitung des Kongresses und zu seiner würdigen Durchführung brachten die Friedensfreunde, beginnend von den Industriellen bis herab zu den Arbeitsinvaliden, selbst auf.

„Vom Frieden zu träumen genügt nicht . . ."

Am 10. Juni füllten 2000 Delegierte und zahlreiche Gäste den Großen Saal des Konzerthauses, der mit Friedensemblemen, mit den Nationalfarben Österreichs, der Sowjetunion, Englands, Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten, der Länder der Volksdemokratie und der Deutschen Demokratischen Republik sowie mit Spruchbändern geschmückt war. Letztere trugen die Losungen:

„Für das Verbot der Atomwaffe!"

„Vom Frieden zu träumen, genügt nicht — man muß für den Frieden kämpfen!"

Der Kongreß wurde von Professor Strebinger, einem Mitglied des Österreichischen Friedensrates, eröffnet, der die erschienenen ausländischen Delegierten begrüßte.

In einem Referat über die Erfolge der Friedensbewegung in Österreich und die Tätigkeit des österreichischen Friedensrates berichtete Pastor Kock, daß es gegenwärtig in Österreich dreihundert lokale Friedensräte gibt. Bis zum Beginn des Kongresses hatten 454922 Österreicher den Stockholmer Aufruf unterschrieben. Kock führte eine große Anzahl österreichischer Großbetriebe an, deren Belegschaften den Aufruf zu 100% unterschrieben hatten.

„Wir appellieren an alle", sagte Kock, „die vom ganzen Herzen den Frieden wünschen und den Ernst der Lage verstehen, nicht zu warten, bis es zu spät ist... In engem Anschluß an die Millionenbewegung in aller Welt wird die österreichische Friedensbewegung den Sieg über die Kriegsgefahr erringen und zur Erreichung des großen Zieles beitragen, das uns allen am Herzen liegt: daß Frieden werde auf Erden!"

Professor Dobretsberger führte in seiner Rede aus: „... Ich selbst habe aus meiner religiösen Überzeugung und bürgerlichen Einstellung niemals ein Hehl gemacht. Aber gerade weil mich meine katholische Weltanschauung dem Gedanken des Friedens verbindet, stehe ich

an diesem Pult, um mein Bekenntnis zum Frieden abzulegen und meine Bereitschaft zum Kampfe für den Frieden zu erklären."

Der italienische Abgeordnete Giolitti begrüßte den Kongreß im Namen der italienischen Friedensfreunde. Er erzählte von dem gewaltigen Ausmaß, das der Kampf für den Frieden in Italien angenommen hat. Giolittis Mitteilung, daß 8 Millionen Italiener den Stockholmer Aufruf des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses unterzeichnet haben, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

„. . . wir werden den Frieden erzwingen!"

In der Nachmittagssitzung sprach als nächster Hauptredner Nationalrat Ernst Fischer. Er unterzog die österreichische Regierung, die österreichischen Regierungsparteien, die reaktionäre Führung des Gewerkschaftsbundes und den hohen katholischen Klerus, die die Kampagne gegen die Friedensbewegung gestartet haben, einer scharfen Kritik. Anschließend stellte Fischer den Antrag, der Kongreß möge offiziell den Beitritt der österreichischen Friedensbewegung zur Weltfriedensbewegung erklären. „Allen Gegnern zum Trotz werden wir den Frieden erzwingen. Und sind wir einst so weit und haben wir unsere Pflicht getan, dann können wir alle sagen: Wir haben mitgeholfen, den größten Sieg der Menschheit herbeizuführen, den Sieg des Friedens."

Zum Abschluß des ersten Kongreßtages sprach der von den Delegierten und den Gästen herzlich begrüßte Führer der Delegation des sowjetischen Komitees zur Verteidigung des Friedens, der Filmregisseur Wsewolod Pudowkin. Seine Rede wurde wiederholt von stürmischem Beifall und Zurufen unterbrochen, die der Ehrung der Sowjetunion und Stalins als des Inspirators des Kampfes für den Frieden und die Freundschaft der Völker galten.

*

Diese Hauptreferate des Friedenskongresses lösten lebhafte Diskussionen aus, bei denen rund 30 Redner zu Wort kamen.

Der bekannte österreichische Arzt Heinrich Kent, der mehrere Jahre in China gelebt hat, schilderte in seiner Rede, wie er im Jahre 1941 den Bakterienkrieg erlebte, den die japanischen Truppen in China führten. Auf friedliche Ortschaften wurden Wolken von Insekten abgeworfen, die mit Pest und Cholera infiziert waren. Frauen und Kinder starben zu Hunderten, die Ärzte aber waren nicht in der Lage, den Unglücklichen zu helfen. Er fordere deshalb, erklärte Kent, daß der japanische Kaiser Hirohito und dessen namentlich aufgezählte Helfershelfer, die für den Tod friedlicher Menschen verantwortlich sind, unverzüglich vor Gericht gestellt werden. Die Anklage richtete sich auch gegen General MacArthur, der die japanischen Kriegsverbrecher beschützt.

Kent rief sodann die Gelehrten und Ärzte der ganzen Welt auf, sich der Friedensbewegung anzuschließen.

Ein oberösterreichischer Delegierter, der Sozialist Schiefthaler, nahm scharf gegen die Rechtssozialisten Österreichs und deren Organ, die „Arbeiter-Zeitung", Stellung, die sich der Hetzkampagne gegen die Friedensfreunde angeschlossen haben und damit zu Handlangern der Kriegstreiber geworden sind.

Der Arbeiter Philipp aus Stadlau erklärte:

„Die Arbeiterklasse steht geschlossen und rückhaltlos hinter dem Stockholmer Aufruf. Sie darf nicht zulassen, daß die Kriegshetzer — einer kleinen Gruppe von Abenteurern und deren Profiten zuliebe — die Völker der Erde in eine neue Katastrophe stürzen. Durch die Festigung der Einheit der Arbeiterklasse kann das verhindert werden!"

Der Journalist Bruno Frei brandmarkte in seiner Rede die reaktionäre österreichische Presse als Werkzeug der Kriegstreiber. Mit Duldung der österreichischen Behörden hetzt die Presse tagtäglich zu einem neuen Krieg, verherrlicht die Untaten der Hitlerfaschisten und erfreut sich bis heute der Mitarbeit ehemaliger SS-Journalisten.

Mit besonderer Begeisterung folgten die Teilnehmer in diesem Zusammenhang den Ausführungen des tschechoslowakischen Gesundheitsministers, Pater Plojhar.

Die „Friedensstafetten" der Jugend

Einen Höhepunkt bildete während der Diskussion die Ankunft der „Friedensstafetten" der Jugend, die alle österreichischen Bundesländer auf ihrem Wege berührt hatten. Die Stafettenläufer überbrachten dem Kongreß Unterschriftenbogen aus den entlegensten Teilen des Landes.

Der Delegierte Otto Horn kritisierte in seiner Rede scharf das Verhalten der rechtsgerichteten Führung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in der Frage der Friedensbewegung.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund, sagte Horn, hat sich vor einigen Jahren statutarisch verpflichtet, für die Sicherung des Weltfriedens zu kämpfen. Die rechtsorientierte Führung des Gewerkschaftsbundes ist jedoch dieser Verpflichtung nicht nachgekommen. Sie hat allen ihren Mitgliedern streng untersagt, sich der Friedensbewegung anzuschließen. Sie hat verboten, den Stockholmer Aufruf zu unterschreiben und aus den Betriebsratskassen für die Friedensbewegung zu spenden.

Die Gewerkschaftsmitglieder haben sich jedoch nicht einschüchtern lassen ... Die österreichische Arbeiterklasse ist in ihrem Streben nach Frieden einig. Sie unterstützt den Stockholmer Aufruf für das Verbot der Atomwaffe mit allen Mitteln.

Ein Vertreter der Freien Österreichischen Jugend, Herbert Steiner,

der kürzlich mit einer österreichischen Jugenddelegation in der Sowjetunion weilte, berichtete vom Friedenswillen des Sowjetvolkes.

„In Stalingrad", führte Steiner aus, „haben wir im Namen der Delegation und sicher im Namen aller ehrlichen jungen Österreicher gesprochen, als wir erklärten: ‚Niemals wieder werden junge Österreicher gegen das Sowjetvolk Krieg führen'. Das schwören sie auch von der Tribüne dieses Kongresses!"

Grüße an den Kongreß überbrachten der ungarische Unterrichtsminister Darvas, der polnische Schriftsteller Leon Kruczkowski, der Vertreter des Triester Friedensrates Leopoldo Gasparini, die Vertreter der Delegationen aus Schweden und der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Generalsekretär des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses Jean Laffitte.

Mit außerordentlicher Begeisterung wurde die Rede des Sekretärs des sowjetischen Schriftstellerverbandes, Anatolij Sofronow, aufgenommen. Unter stürmischen Beifallskundgebungen der Anwesenden erklärte Sofronow:

„Unsere Sowjetmenschen sind dem österreichischen Volk freundschaftlich gesinnt. Sie wünschen ihm Glück und Frieden. Sie haben uns aufgetragen, Ihnen auf diesem Kongreß der Friedensfreunde Worte der Freundschaft und der Achtung für das österreichische Volk zu überbringen."

Die Beschlüsse des Kongresses

In seinem Manifest ruft der Kongreß das österreichische Volk zum Kampf für den Frieden auf.

Der Kongreß nahm eine Resolution an, die sich gegen die Verschleppung des österreichischen Staatsvertrages und die Fortdauer der Besetzung wendet und die volle Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs fordert.

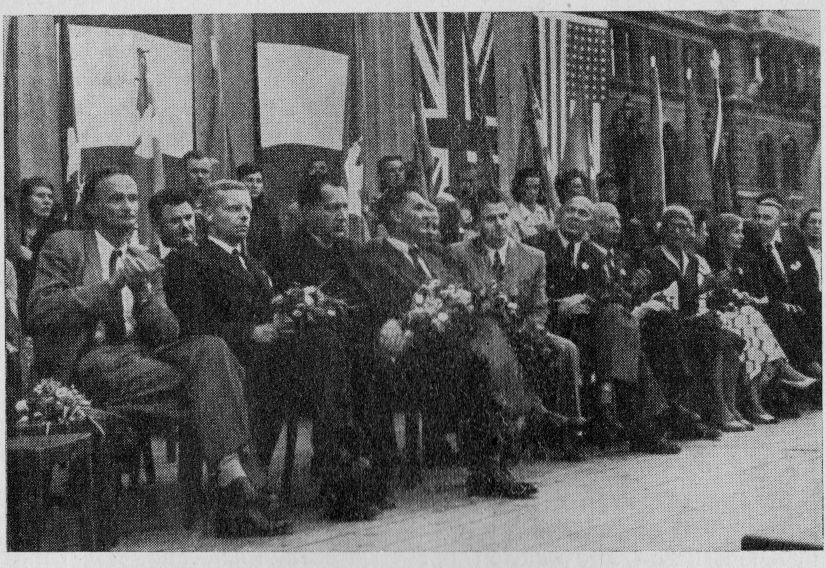
In einer anderen Entschließung erklärt der Kongreß seinen Beitritt zur Weltfriedensbewegung.

In einer weiteren Resolution beschloß der Kongreß, die Unterschriftensammlung für den Aufruf des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses fortzusetzen.

Außerdem wurde eine Entschließung angenommen, in der es unter anderem heißt:

„Der Erste Österreichische Friedenskongreß richtet an das österreichische Parlament den Appell, ein Gesetz gegen Kriegshetze zu beschließen, welches insbesondere auch die Veröffentlichung kriegshetzerischer Zeitungsartikel und Druckwerke aller Art als strafbare Handlung qualifiziert."

Die Kongreßteilnehmer sandten Begrüßungstelegramme an Howard Fast und Professor Joliot-Curie.



Massenkundgebung vor dem Wiener Rathaus. Auf der Tribüne (erste Reihe v. l. n. r.): Nationalrat Ernst Fischer, Pastor Erwin Kock, Minister Pater Josef Plojhar (ČSR), Filmregisseur W. Pudowkin (UdSSR), Komponist T. Chrennikow (UdSSR), Schriftsteller Richard Zeltner.

Der Kongreß wählte den neuen Österreichischen Friedensrat, der sich aus 41 Mitgliedern zusammensetzt. Darunter sind: Pastor Erwin Kock; Nationalrat Ernst Fischer; die Schriftsteller Edwin Rollet und Arnolt Bronnen, der bekannte Arzt Primarius Dr. Friedrich Scholl; die Universitätsprofessoren Dr. Franz Dobretsberger und Dr. Robert Strebinger; die Olympiasiegerin Herma Bauma und andere.

Nach dem Österreichischen Friedenskongreß wurden in weniger als einem Monat weitere hunderttausend Unterschriften für den Stockholmer Aufruf gesammelt. Von den vielen tapferen Männern und Frauen, die sich durch ihre unermüdliche Werbearbeit besonders um die Sache des Friedens verdient gemacht haben, seien nur einige wenige hier namentlich angeführt: Ewald Rußegger, Leoben, mit 1147 Unterschriften; Frau Eisenhuber, Linz-Urfahr, mit 1144 Unterschriften; Amanda Holzknecht, Telfs (Tirol), mit 1030 Unterschriften; Karl Eisler, Wien, mit 500 Unterschriften; Therese Krupp (über 400 Unterschriften), Josef Scheidl (allein in Wien über 400 Unterschriften).

In St. Pölten hatten Anfang Juli 10926 Personen den Aufruf unterschrieben, das sind 40% aller wahlberechtigten Einwohner. Die Unterschriftensammlung wird fortgesetzt.

Der Friedenskampf geht weiter

Die erfolgreiche Unterschriftenkampagne für den Stockholmer Aufruf hat das politische Bewußtsein der Massen gestärkt, ihr Interesse für die internationalen Ereignisse geweckt und sie unmittelbar in den Kampf um den Frieden einbezogen. Die Vorbereitung des Weltfriedenskongresses, der in der zweiten Oktoberhälfte 1950 in Warschau stattfinden soll, fordert die Intensivierung der Unterschriftenkampagne. Unter diesen Umständen im Kampfe für den Frieden nachzulassen, wäre ein unverzeihlicher Fehler. Denn unter dem Deckmantel von „Friedens"phrasen treffen die Atomdiplomaten und -strategen vom Schlage Trumans und Churchills in Wirklichkeit um so intensiver ihre Vorbereitungen für einen Aggressionskrieg.

Von der frechen Verletzung der sowjetischen Grenze durch das amerikanische Kampfflugzeug „B-29" bis zu dem hysterischen Geheul der reaktionären englischen Presse anläßlich der Durchfahrt sowjetischer Fischkutter durch den Ärmelkanal, von der Hysterie des Schweizer Ministers, der kürzlich die Berner Hausfrauen aufrief, sich für den Fall eines Krieges mit Lebensmitteln einzudecken, bis zu der ungeheuerlichen Provokation der englischen Regierung, die bereits Pläne zur Evakuierung hunderttausender Kinder aus London in die Provinz ausarbeitet, führt eine einheitliche Linie, deren Ziel die Erzeugung der Kriegspsychose ist.

Die letzten Ereignisse in Korea haben der ganzen Welt gezeigt, daß die anglo-amerikanischen Aggressoren von den Kriegsvorbereitungen zur direkten militärischen Intervention übergegangen sind. Ihr Ziel ist, die nationale Freiheitsbewegung der Kolonialvölker des Fernen Ostens — der Koreaner, Chinesen, Malayen, Indonesier und anderer Völker — in Blut zu ersticken.

Entlarvt die Feinde des Friedens!

Das Gefühl der tiefen Empörung über das skrupellose Vorgehen der blutigen Aggressoren hat die Reihen der Friedenskämpfer noch enger geschlossen, hat sie in ihrem Willen, die dunklen Pläne der Menschheitsfeinde zu vereiteln, nur noch mehr bestärkt. In zahlreichen Versammlungen, die in Österreich zum Zeichen des Protestes gegen die Aggression der USA einberufen wurden, haben die Arbeiter und Angestellten einer Reihe von Unternehmungen beschlossen, den Friedensrat und die Gewerkschaften aufzufordern, die geeigneten Schritte zu unternehmen, die zur Beendigung der aggressiven amerikanischen Intervention in Korea beitragen können. Eine Betriebsversammlung der Arbeiter des Erdölwerkes Lobau richtete an den Österreichischen Friedensrat die Aufforderung, bei der österreichischen Regierung, bei Presse und Rundfunk darauf zu dringen, daß die einseitige Bericht-

erstattung, die das Volk irrezuführen trachtet, eingestellt und der unverantwortlichen und planmäßigen Kriegshetze Einhalt getan werde.

Die Versammlung versicherte ferner dem Österreichischen Friedensrat, daß die Arbeiter und Angestellten seine Bemühungen zur Erhaltung des Friedens mit aller Entschiedenheit unterstützen werden. Die Losung der Friedensanhänger: „Hände weg von Korea!" drückt die Meinung und den Willen von hunderten Millionen Menschen aus!

Das österreichische Volk hat auf den unverfrorenen Anschlag des Aggressors mit Zehntausenden neuer Unterschriften unter den Stockholmer Aufruf geantwortet: so zwingen die Ereignisse selbst alle redlichen und aufrechten Menschen, den Kampf für den Frieden mit verzehnfachter Anstrengung zu führen, damit nichts versäumt wird, was mit dazu dienen kann, den heuchlerischen Feinden des Friedens die Maske vom Gesicht zu reißen und zu zeigen, wo sie stehen.

Die Friedenskämpfer müssen kühn und in aller Öffentlichkeit vor jeden mit der Frage hintreten: Auf wessen Seite steht ihr Vertreter der Kultur, der Wissenschaft, des Staates? Auf wessen Seite steht ihr Priester — warum wollt ihr nicht eure Unterschrift für den Frieden geben? Immer wieder müssen sich die Friedenskämpfer, direkt und offen, in der Presse, in Versammlungen und nicht zuletzt persönlich, von Mensch zu Mensch, an jeden und jede wenden.

Voran, Freunde, im Kampfe um den Frieden! Verbreitert die Friedensfront! Entlarvt die Feinde des Friedens, nennt ihre Namen, damit das österreichische Volk sie erfahre und kenne!

Das Volk soll die Wahrheit wissen: es soll wissen, wer seine besten Söhne sind, die aufopferungsvoll für den Frieden kämpfen, aber es soll auch jene kennen, die Verrat an ihm üben, die — um der egoistischen Interessen einiger weniger Imperialisten und deren Helfershelfer willen — den Atomkrieg und den Tod von Millionen friedlichen Menschen wünschen und bereit sind, ihn herbeiführen zu helfen!

Eine moderne Wiener Operette

Die österreichische Regierung hat gegen das Verbot der Atombombe Stellung genommen.

Das Atom-Ballett der österreichischen Regierung

Schlußfolgerung

Die Weltfriedensbewegung und die Unterschriftensammlung für den Stockholmer Aufruf sind zu einer großartigen Demonstration des Friedenswillens der Völker geworden. Sie erfassen immer breitere Massen aller Bevölkerungsschichten in allen Ländern der Erde.

In der unbesiegbaren Bewegung der Friedensfreunde ist eine Kraft spürbar: die einige Kraft der Völker aller Länder, die mächtig genug ist, einen Krieg zu verhindern.

Man darf jedoch die Gefahr, in der die Menschheit schwebt, nicht unterschätzen. Noch sind die Kriegsbrandstifter an ihrem verbrecherischen Werk. Erst kürzlich haben sie durch Trumans Mund offen erklärt, daß sie ohne Zaudern bereit sind, abermals den Befehl zum Abwurf einer Atombombe zu geben. Diese Erklärung muß die Völker aufrütteln und den Kampf für das Verbot der Atombombe in höchstem Maße verstärken. Der offene und freche Überfall der anglo-amerikanischen Aggressoren auf das koreanische Volk muß allen rechtschaffenen Menschen endgültig die Augen öffnen und ihnen zeigen, wie real die Drohung eines neuen imperialistischen Krieges ist. Die Kriegsbrandstifter möchten sich an dem Blute der Völker bereichern, die amerikanischen Hyänen träumen von der Weltherrschaft.

Ihr Vorhaben wird nicht gelingen!

Die Front der Kämpfer für den Frieden wächst und wird mit jedem Tage stärker.

Die Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR, worin er die Vorschläge des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses billigte, sowie die einmütige Unterzeichnung dieses Aufrufes durch das gesamte sowjetische Volk bedeuten einen mächtigen Beitrag der Sowjetunion zur Sache des Kampfes um den Frieden und einen neuen empfindlichen Schlag für die Brandstifter eines neuen imperialistischen Krieges.

Der Kampf um den Frieden ist damit in ein entscheidendes Stadium getreten. Unsere Kinder und die künftigen Generationen werden uns für die Rettung der Welt danken oder aber uns verfluchen, wenn unsere Bemühungen vergeblich bleiben. Die Kräfte der Friedensfreunde sind unbegrenzt, denn sie sind die Kräfte der Völker selbst. Das Wichtigste ist, daß wir unsere Wachsamkeit nicht durch die im Interesse der Reaktion und der Rüstungsmonopole betriebene Propaganda täuschen

und einschläfern lassen. Wir müssen die maskierten Feinde des Friedens entlarven und aktiv für den Frieden kämpfen.

Je stärker und mächtiger sich der Kampf der Völker für den Frieden entfaltet, um so ergrimmter werden die Kriegshetzer, weil sie angesichts dieser Erhebung der Massen ihre Ohnmacht fühlen. Doch die Völker lassen sich nicht mehr einschüchtern und betrügen, denn sie wissen aus eigener Erfahrung, welche Schrecken ihnen ein Krieg bringt und welche Opfer er ihnen auferlegt.

„Fürchte dich nicht, wir werden dich schützen!"

Die Völker werden sich durch die verlogene Propaganda für einen angeblichen „dritten Weg" nicht täuschen lassen. Es gibt nur zwei Wege — den Weg des Friedens und den Weg der Kriegsvorbereitung und der Entfesselung eines Krieges.

Im Kampf für den Frieden kann es keine Neutralen geben, denn wer nicht für den Frieden und das Verbot der Atomwaffe kämpft, der hilft — ob er will oder nicht — denjenigen, die schon zweimal die Menschheit in einen verheerenden Weltkrieg gestürzt haben.

Wir müssen erreichen, daß alle einfachen Menschen begreifen, daß es von ihnen und nur von ihnen abhängt, ob es zu einem neuen Kriege kommt oder nicht, von ihnen, d. h. von den Millionen einzelner Menschen aller Länder. Darum haben auch die Millionen Unterschriften unter dem Aufruf zum Verbot der Atomwaffe eine so große Bedeutung.

Mit den Friedenskämpfern oder mit den Kriegsbrandstiftern — ein Drittes gibt es nicht! Möge jeder entscheiden, wo sein Platz ist — an der Seite künftiger Kriegsverbrecher oder an der Seite der Millionen und Millionen einfacher Menschen, die erkannt haben, daß sie vereint die Macht besitzen, den Frieden zu erzwingen, der für sie das höchste Gut ist — den Frieden, ohne den es keine Freiheit gibt.

Aus der Literatur zur Weltfriedensbewegung

1. Der Friedenskongreß. Bericht über die Tagung des Ersten Österreichischen Friedenskongresses
2. ‚Gegen den Atomtod' *)
3. ‚Auf wessen Seite steht ihr, Meister der Kultur?' von Ilja Ehrenburg *)
4. Zu den Ereignissen in Korea *)
5. Die Wahrheit über Korea (2. Aufl., herausgeg. von der KPÖ)
6. Wir fordern den Frieden *)
7. Der Bankrott der Atomdiplomatie *)

*) *Broschüren des Sowj. Inf.-Dienstes (vgl. nächste Seite!)*

Sämtliche Schriften sind 1950 in Wien erschienen

DIE BROSCHÜREN DES SOWJETISCHEN INFORMATIONSDIENSTES

bieten den Lesern sachliche Aufklärung über die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen der Gegenwart

Wir verweisen auf folgende Ausgaben:

W. I. Lenin
Bildung für Millionen
Arbeiter zweier Welten
Geldherrschaft und Gangstertum in den USA
Die sowjetischen Gewerkschaften
Das ist Amerika
Stalin. Zu seinem 70. Geburtstag
Was ist der sozialistische Sowjetstaat?
Die Deutsche Demokratische Republik
Wir fordern den Frieden
Die sowjetische sozialistische Gesellschaft
Moskau—New York, Kontraste, die zu denken geben
Der Bankrott der Atomdiplomatie
Gegen den Atomtod
Auf wessen Seite steht ihr, Meister der Kultur?
Zu den Ereignissen in Korea, Dokumente und Tatsachen
Im Lande der Kubankosaken

Lesen Sie selbst und bilden Sie sich Ihr eigenes Urteil! Geben Sie die gelesenen Broschüren an Freunde und Bekannte weiter!

SOWJETISCHER INFORMATIONSDIENST
Wien I, Fichtegasse 10

Preis 40 Groschen
Druck: Globus II, Wien VI